Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932
1913

303 (27.12.1913)

Visual Library

No. 303. Karlsruhe Montag den 27. Dezember 1913. 33. Jahrg.

Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags u. der gesetzl. Feiertage. Abonnementspreis: Zugestellt monatl. 75 ₰, vierteljährl. 2,25 ℳ; abgeholt monatl. 65 ₰; am Postschalter 2,10 ℳ, durch den Briefträger 2,52 ℳ vierteljährlich.

Geschäftsstunden: 7 bis abends ½7 Uhr. Postscheckkonto Nr. 2650. Telephon: Nr. 128, für Redaktion Nr. 481.

Inserate: Die 6spaltige, kl. Zeile, oder deren Raum 20 ₰. Lokalinserate billiger. Schluß d. Inseratenannahme ½9 Uhr vorm., für größere Inserate am Nachmittag zuvor. Druck u. Verlag: Buchdruckerei Geck & Cie., Karlsruhe.

Das Zugeständnis an die tobende Demokratie

Ihre ängstliche Unsicherheit merkt man der Regierung auf Schritt und Tritt an. Sie leuchtet auch hervor zwischen den Zeilen der Erklärung, die sie in der „Nordd. Allgem. Zeitung" zum Fall Jagow abgegeben hat:

„In einer Zuschrift an die „Kreuzzeitung" hat der Polizeipräsident von Berlin nicht in seiner amtlichen Eigenschaft sondern als Privatperson zu dem kriegsgerichtlichen Verfahren gegen den Leutnant von Forstner Stellung genommen. Bei der politischen Bedeutung der Angelegenheit wird selbstverständlich die Statsregierung zu entscheiden haben, ob und inwieweit im vorliegenden Falle die freie Meinungsäußerung die Grenzen überschreitet, die dem politischen Beamten auch als Privatperson durch seine Stellung gezogen sind und nötigenfalls die erforderliche Korrektur eintreten lassen.

Man macht also zunächst der konservativen Presse das Zugeständnis zwischen dem Berliner Polizeipräsidenten und der Privatperson Dr. jur. Traugott Achaz v. Jagow zu unterscheiden, aber man wagt sich doch nicht auf den Standpunkt zu stellen, daß diese Privatperson ein uneingeschränktes Recht der freien Meinungsäußerung besitze: ein lächerlicher Widerspruch, der sich eben nur aus der Unsicherheit der maßgebenden Stellen erklären läßt.

Man stellt dann weiter eine Prüfung in Aussicht, ob und inwieweit Herr v. Jagow die zulässigen Grenzen überschritten habe. Es bleibe dahingestellt, ob es zur Beantwortung dieser Frage wirklich noch einer eingehenden Untersuchung bedarf und ob mit einem unteren Beamten, der nicht von rechts, sondern von links her an einem Kriegsgerichtsurteil und an der Regierungspolitik abfällige Kritik geübt hätte, nicht sehr viel weniger Federlesens gemacht würde. Sicher aber hat sich die Regierung — da muß der Kreuzzeitung vollständig beigepflichtet werden — mit der Ankündigung der disziplinarischen Untersuchung, trotz aller Vorsicht in der Formulierung, festgelegt, denn es ist klar, daß ein einmal eingeleitetes Verfahren zu einer Verurteilung des Polizeipräsidenten oder wie die „Norddeutsche" sich ausdrückt, zu einer Korrektur führen muß, wenn nicht alle bisher geltenden Grundsätze des Beamtenrechts preisgegeben werden sollen. Eine Untersuchung kann ja im vorliegenden Falle nichts entscheidendes mehr zutage fördern, der Tatbestand ist klar und es kam hier nur darauf an, ob er den Behörden überhaupt zu einem Einschreiten genügte.

Erfolgte jetzt eine Freisprechung des Angeklagten, so wäre das zweifellos ein noch größerer Skandal, als wenn gar kein Verfahren eröffnet worden wäre und der Urheber der Erklärung in der „Nordd. Allgem. Ztg.", als den wir doch wohl Herrn v. Bethmann ansprechen dürfen, würde auf das allererbärmlichste desavouiert und bloßgestellt sein.

Den politischen Freunden des Berliner Polizeipräsidenten wäre dieser Erfolg allerdings gerade recht, und wir dürfen überzeugt sein, daß sie Himmel und Hölle in Bewegung setzen werden, um die eventuell angedrohte Korrektur zu hintertreiben. Schon redet der „Berliner Lokal-Anzeiger", der die Rechtsauffassungen des merkwürdigen Dr. jur. nicht teilt, von dem guten Willen, der ihn beseelt habe, und führt aus, daß eine Maßregelung allgemein auf das lebhafteste bedauert werden würde. Die „Kreuzzeitung" aber geht für ihren Schützling noch schärfer ins Zeug und nennt die offiziöse Erklärung „ein Zugeständnis an die tobende Demokratie". Sie sieht in ihren Fieberphantasien ja den Umsturz alles bestehenden unmittelbar vor der Tür und in zahlreichen Variationen predigt sie morgens und abends den unerbittlichen Kampf gegen den Umsturz und die Demokratie.

Interessant ist nur, daß das Organ des junkerlichen und bureaukratischen Absolutismus, um Herrn v. Jagow zu retten, seinerseits eine Anleihe bei den Grundideen der Demokratie macht und für den Beamten das Recht der freien Meinungsäußerung reklamiert. Wie gern würden wir mit ihm zusammengehen, wenn seine Forderung sich nicht nur auf den vorliegenden Einzelfall beschränkte, sondern ein allgemeines Programm bedeutete!

Aber die Herren auf der Rechten denken ja nicht im entferntesten daran, der Beamtenschaft durchweg ihre Fesseln abzunehmen und deshalb müssen wir verlangen, daß auf einen Polizeipräsidenten dieselben Bestimmungen angewendet werden, die schon so manchem armen Schlucker, der einmal in einer unbedachten Stunde ein verfängliches Wort gsprochen hat, verhängnisvoll geworden sind. Diese Bestimmungen laufen ja auf die Anerkennung eines besonderen Treueverhältnisses des Beamten gegenüber dem Staate und seiner Regierung hinaus. Die Beamten sind, wie allerhöchste Erlasse und oberstgerichtliche Entscheidungen besagen, zwar nicht von der Beteiligung am öffentlichen Leben „im Anschluß an eine der in Gegnerschaft zur jeweiligen Staatsregierung befindlichen Parteien" ausgeschlossen, aber sie sind doch in der Bekundung und der Betätigung ihrer das öffentliche Leben betreffenden Ansichten außerordentlich behindert. Sie dürfen zunächst nicht bewußtermaßen für die Bestrebungen solcher Parteien eintreten, die die Grundlagen der bestehenden Rechts- und Staatsordnung bekämpfen, außerdem aber haben sie nach einer Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts „die in der Gemeinschaft des auf den Auftrag des Landesherrn zurückzuführenden Staatsdienstes und dem Verhältnisse der Ueber- und Unterordnung in demselben begründete Pflicht der rücksichtsvollen Achtung gegen die Inhaber der öffentlichen Aemter im Dienst wie außerhalb desselben".

Der Umfang der Beschränkung ist nicht für alle Kategorien der gleiche. Er ist vielmehr bestimmt durch die Art der Anforderungen, die die einzelnen Aemter stellen. Von den politischen Beamten aber wird ausdrücklich eine fortdauernde Uebereinstimmung in prinzipiellen Angelegenheiten mit der leitenden Autorität verlangt und speziell für den Leiter einer Polizeiverwaltung sind die Anforderungen in dem bekannten Verfahren gegen den früheren Bürgermeister von Husum, Schücking, dahin definiert worden, daß ein Polizeiverwalter, „der für die Befolgung der bestehenden Gesetze und Verordnungen und für die öffentliche Ruhe, Sicherheit und Ordnung zu sorgen hat, der also mit sehr wichtigen Zweigen der Staatsverwaltung betraut ist, außerdem wegen dieser besonderen Vertrauensstellung in hervorragendem Maße die Pflicht hat, die öffentliche Erregung von Mißstimmung und Widerstreben gegen die bestehenden Staatseinrichtungen und Anordnung der Behörden zu vermeiden."

Was von den Einrichtungen und Anordnungen gilt, ist sicherlich ohne weiteres auch auf gerichtliche Urteile anzuwenden, ganz abgesehen davon, daß der Berliner Polizeipräsident durch seine Bemerkungen über Elsaß-Lothringen in einer prinzipiellen Frage die von einem politischen Beamten geforderte Uebereinstimmung mit der leitenden Autorität vermissen läßt. Man könnte am Ende aus der Anklageschrift gegen Schücking auch noch den Passus heranziehen, der es als eine besondere Pflichtverletzung bezeichnet, wenn der Beamte „absichtlich oder leichtfertig falsche oder entstellte Tatsachen" seiner Kritik zugrunde lege, aber auch ohnedies ist es klar, daß Herr v. Jagow sich mit den Prinzipien, durch deren Verletzung sich andere an minder exponierter Stelle stehende Beamte um Amt und Brot gebracht haben, in flagranten Widerspruch gesetzt hat. Die „tobende Demokratie" verlangt nichts anderes, als daß er mit dem gleichen Maße gemessen wird wie diese.

Deutsche Politik.

Um die Mecklenburger Verfassung.

Eine Verfassungspetition haben die Nationalliberalen und die Fortschrittler Mecklenburgs an den Reichstag gerichtet. Sie wünschen eine Vorschrift in die Reichsverfassung aufgenommen, wonach in jedem Bundesstaate „eine aus Wahlen hervorgegangene Vertretung bestehen muß, deren Zustimmung zu jedem Landesgesetz und zur Feststellung des Staatshaushalts erforderlich ist."

Die Petenten fordern also nicht die Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf den mecklenburgischen Landtag, sondern wollen nur, daß die mecklenburgische Regierung gehalten sein soll, ein Wahlrecht zum Landtag zu schaffen. Wohl gmerkt, zu den Pententen gehört auch die „Fortschrittliche Volkspartei".

„Wir Arbeitswillige können einen totschlagen!"

Vor dem Düsseldorfer Schöffengericht hatte sich am Dienstag ein Arbeitswilliger zu verantworten, der einen Arbeiter niedergeschossen hatte. Der schließlustige Streikbrecher stand aber nicht etwa unter der Anklage fahrlässiger Körperverletzung, sondern man wollte ihm lediglich wegen unbefugten Waffentragens den Prozeß machen. Der Vorfall, der zu der Anklage geführt hat, geht auf den Düsseldorfer Dachdeckerstreik im Herbst ds. Js. zurück. Damals hatten drei streikende Dachdecker bei einer Bautenkontrolle einen Zusammenstoß mit dem Arbeitswilligen Evertz, einem Meistersohn. Der Evertz behauptete nun, von den drei Arbeitern bedroht worden zu sein und nur in Abwehr von der Waffe Gebrauch gemacht zu haben. Der getroffene Arbeiter, dem die Kugel in den Bauch gedrungen war, hat übrigens lange Zeit im Krankenhause gelegen und wird durch die Schußverletzung dauernden Schaden haben. Infolge der Angabe des Arbeitswilligen über die angebliche Bedrohung wurden auch die drei Arbeiter wegen Vergehens gegen den berüchtigten § 153 GO. vor den Kadi zitiert. Und nun das Urteil: Der schießlustige Streikbrecher, der einen ehrlichen Arbeiter für sein ganzes Leben gesundheitlich geschädigt hatte, wurde mit 15 Mk. Strafe belegt, während das Gericht gegen einen der Streikenden auf 1 Woche Gefängnis und gegen die beiden andern auf je zwei Wochen Gefängnis erkannte!

Aerzte und Krankenkassen.

Mit welchem Terrorismus der Leipziger Aerzteverband einen Kampf gegen die Krankenkassen führt, davon hat man in Elberfeld ein Beispiel bekommen. Dort war es so weit, daß durch Vermittlung des Oberbürgermeisters Funck eine Einigungsbasis zwischen Aerzten und Krankenkassen gefunden war. Die Vertreter der Aerzte erklärten, daß sie einverstanden seien, auf der vorgeschlagenen Grundlage eine Einigung herbeizuführen. Als alles soweit erledigt war, ersuchte der Oberbürgermeister den Vorstand des Leipziger Aerzteverbandes, die Ermächtigung zu weiteren Verhandlungen zu erteilen. Der Oberbürgermeister, welcher bisher der Meinung gewesen sein mochte, daß es Terrorismus nur bei Sozialdemokraten und Arbeitern gäbe, wunderte sich nicht wenig, als er umgehend folgende Drahtanwort aus Leipzig erhielt:

„Leipziger Aerzteverband widerspricht den mit Sanitätsrat Dr. Löwenstein getroffenen vorläufigen Abmachungen. Auch Elberfelder Aerzte müssen am Kampf teilnehmen.

Dr. Hartmann."

Kurz und bündig: Irgendwelche Einigung gibt es nicht. Die Aerzte **müssen kämpfen.** Sie mögen wollen oder nicht. Man sieht daraus, die Leipziger Scharfmacher wollen den Kampf um jeden Preis.

In einer außerordentlichen Generalversammlung beschlossen die Mitglieder der Mainzer Ortskrankenkaasse, das Oberversicherungsamt zu ersuchen, den § 370 in Kraft treten zu lassen, der vorsieht, daß die Krankenkasse an Stelle der freien ärztlichen Behandlung und Medizin Bargeld bis zu ⅔ des Krankengeldes gewähren können. Ferner soll der Antrag der wirtschaftlichen Vereinigung der Aerzte, der das Krankengeld als Honorar zediert haben wollte, abgelehnt werden. Auch soll zur Feststellung des Krankseins künftig ein ärztliches Zeugnis nicht mehr erforderlich sein. Bis zur Lösung der Streitfrage mit den Aerzten tritt die Familienunterstützung außer Kraft.

Die Ankündigung des Leutnantsstreiks.

Zu dem Urteil, das gegen Leutnant von Forstner gefällt ist, wird der junkerlichen „Ostpreußischen Zeitung" geschrieben:

„. . . Selbstverständlich wollen wir die Majestät von Paragraph Soundso nicht beleidigen, auch wenn man sich an den Kopf fassen und sagen muß, man verstehe die Welt nicht mehr. Aber wir behaupten, daß in diesem Falle ein Mißverständnis vorliegt, daß die Berufungsinstanz unter allen Umständen zu einer Freisprechung gelangen wird. Geschähe das nicht, so würden fortan alle Eltern heranwachsender Söhne sich fragen müssen, ob man sie einem Berufe zuführen dürfe, in dem nicht einmal Notwehr gestattet ist. (!) Niemand macht seine Kinder gern zu Parias. Nicht nur unter den aktiven, sondern auch unter den Offizieren des Beurlaubtenstandes aber würden viele sich dafür bedanken, noch weiter einen Rock zu tragen, der von Rowdies unbestraft bespien werden kann. Leutnant v. Forstner mag begangen haben, was er will, würde man ihn aber wegen des Dettweiler Falles eine infamierende Strafe absitzen lassen, dann könnte das deutsche Volk sich bald in Werbeplakaten an den Straßenecken die nötigen Offiziere für die Verteidigung des Landes suchen."

Es scheint also so, daß, wenn in diesem Falle nicht das Recht gebeugt und Leutnant v. Forstner freigesprochen wird, in konservativen Kreisen mit aller Kraft füden Leutnantsstreik Propaganda gemacht werden soll.

Keine natürlichen Gegensätze.

Unter der Ueberschrift „Säbelherrschaft des Militarismus oder Volksverhetzung?" hat der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie ein neues Flugblatt herausgegeben, das, wie es in der Ankündigung heißt, den Nachweis bringt, daß es zwischen Volk und Heer keine natürlichen Gegensätze gibt.

Der Nachweis wird besonders leicht gelingen, wenn der Reichsverbandsgeneral v. Liebert jenen Absatz aus seinem Artikel im „Tag" wiederholt, in dem er die Personen, denen die Soldaten des Infanterieregiments Nr. 99 Mitteilungen über die Vorgänge in der Kaserne gemacht haben, als Pöbel bezeichnet.

Er kanns nicht abwarten.

Wie das „Leipziger Tageblatt" mitteilt, hat der Vorsitzende der Fortschrittlichen Volkspartei in Genthin erklärt, daß die Volkspartei in Jerichow I und II gegebenenfalls bei einer Stichwahl für den konservativen Kandidaten stimmen werde.

Bisher ist der Termin für die Hauptwahl no chnicht festgesetzt. Wenn also die Nachricht des „Leipziger Tageblattes" zutrifft, dann hat es der Vorsitzende der Fortschrittlichen Volkspartei in Genthin mit der Ausgabe der Stichwahlparole recht eilig gehabt. Aber er wird auf dem Standpunkt stehen, daß man seine gute Gesinnung gar nicht zeitig genug bekunden könne.

Badische Politik.

Zum Reichstagswahlkampf im 7. bad. Reichstagswahlkreis.

Mit der Aufstellung der Kandidatur des Landtagsabgeordneten Prof. Dr. Wirth von Freiburg hat das Zentrum am 21. Dezember den Wahlkampf offiziell eröffnet. Und man muß es den schwarzen Herrschaften lassen: Sie verstehen Stimmung zu machen. Was dem neuen Kandidaten an zentrümlichen wahlagitatorischen Eigenschaften etwa noch fehlen könnte, wird ihm mit tönenden Phrasen, die geschickt auf den Erfolg gewählt sind, angedichtet in dem Berichte, den die

„Offenburger Zeitung" über seine Kandidatenrede veröffentlichte. Selbstverständlich ist Herr Prof. Wirth ein „Volksmann", wie er im Buche steht, im — zentrümlichen Sinne natürlich. Er kennt, wie er selbst in seiner mit viel Phrasen aber wenig Gehalt ausgeschmückten Rede vor den Vertrauensmännern der Zentrumspartei des Kreises sagte, die bäuerlichen Interessen, weil seine Mutter in Munzingen am Tuniberg ihre Geburtsstätte hatte. Aber auch die Arbeiterinteressen will er vorzüglich studiert haben, weil sein Vater Maschinenmeister im Hause Herder in Freiburg war. Das sind allerdings durchschlagende Gründe, für die Kenntnis bäuerlicher- und Arbeiterinteressen! Hoffentlich wird die geradezu glorreiche Begründung nicht selbst in den Reihen der sonst so willigen Zentrumsschäflein Zweifler finden. Das wäre freilich fatal.

Im übrigen gibt die Kandidatenrede des Freiburger Professors, gerade weil sie sich mehr durch tönende Phrasen als wirklichen Inhalt auszeichnete, bereits einen Vorgeschmack, wie die schwarzen Volksbeglücker den Wahlkampf zu führen gedenken. Auf dem Gebiete der Wirtschaftspolitik werden dann die zentrümlichen Volksbetrüger zwei Walzen auf ihrer Agitationsdrehorgel einsetzen. Die eine ist für die Arbeiter, die andere für die Bauern bestimmt. Mit der Lüge, es gelte einer „gesicherten Landwirtschaft" wird man versuchen, den wahren Charakter der zentrümlichen Agrar- und Auspoverungspolitik zu verschleiern. Daß diese Methode des Versteckspielens nicht den gewünschten Erfolg hat, dafür wird die sozialdemokratische Aufklärungsarbeit gründlich sorgen.

Ueber die unerhörte Aussaugung des Volkes durch den Moloch Militarismus und das indirekte Steuersystem schwieg sich der Zentrumsprofessor selbstverständlich aus, wie es überhaupt Grundsatz zentrümlicher Agitationsmoral ist, über die Raubpolitik auf die Taschen des werktätigen Volkes, an der das Zentrum mit in erster Linie engagiert ist, den Mantel der christlichen Nächstenliebe zu decken.

Was Herr Prof. Dr. Wirth den zentrümlichen Vertrauensmännern des Kreises über die „staatsbürgerliche Freiheit", im Zentrumsspiegel betrachtet, erzählte, ist nicht neu. Die Phrase, „Was für den Freidenker gilt, muß auch gelten für den katholischen Ordensmann", vermag trotz, oder gerade wegen der Demagogie, die ihr zugrunde liegt, immer noch den lebhaften Beifall gut dressierter oder wenig orientierter Zentrumsschäflein auszulösen. Natürlich weiß auch Herr Prof. Dr. Wirth, daß hervorragende Männer des Katholizismus die Freiheit, die die katholische Religion und Kirche in Deutschland genießt, schon wiederholt anerkennend gegenüber anderen Staaten in den Vordergrund rückten. Aber das darf ein zentrümlicher Wahlagitator natürlich nicht die Wähler wissen lassen, da sonst die zentrümliche Agitationszugkraft einen bedenklichen Stoß erlitte.

Herr Prof. Dr. Wirth verschwieg auch, daß die Sozialdemokratie stets energisch für die Aufhebung des Jesuitengesetzes eingetreten ist, das auch vermutlich schon längst aufgehoben wäre, wenn das Zentrum sich nicht selbst sehr wohl fühlte unter dem Ausnahmezustande, der stets einen vorzüglichen Agitationsstoff abgibt.

In der Rede des Prof. Dr. Wirth findet sich dann dieser nette Satz:

Freiheit für alle! Das ist Zentrumsgrundsatz. Wir wollen auch die politische Freiheit; das Volk soll teilhaben an der Regierung innerhalb der durch die Verfassung gegebenen Grenzen. Wir wollen einen Kaiser mit festem Willen und freiem Blick, aber auch einen festen Reichstag, der die Rechte des Volkes wahrt!

Man könnte die zentrümliche Reichspolitik nicht schlimmer verhöhnen: „Freiheit für alle!" — im Rahmen des Zentrumsprogramms, hat Herr Prof. Wirth hinzuzufügen vergessen. Das Zentrum für die „politische Freiheit!" Die Partei, die in Preußen die Dreiklassenschmach verteidigt, die ebenso ängstlich wie brutal die Ungerechtigkeiten des bestehenden Reichstagswahlrechts in väterlichen Schutz nimmt, die 1908 alle Anträge begraben half, die darauf hinzielten, dem Reichstage einige wenige und selbstverständliche Rechte mehr zu gewähren, damit das persönliche Regiment nicht jenen bekannten unheilvollen Einfluß auf die äußere und innere Politik des Reiches zum Schaden des Volkes auszuüben vermag, die die Hauptschuld mit trägt an dem militärischen Säbelregiment, die endlich soeben jetzt wieder einen schmählichen Umfall vollzogen hat, als es galt, konsequent mit Rückgrat die Rechte des Volkes gegenüber dem rücksichtslosen Militärregiment zu vertreten. So sieht der Kampf des Zentrums um die politische Freiheit, bei Lichte besehen, aus!

Wir wollen hoffen, daß die Wähler des 7. Kreises der schwarzen Verrätergesellschaft am 3. **Februar** eine Quittung erteilen werden, die ihr ebenso unangenehm ist, wie sie das Volksinteresse erheischt. Die „törichte Verstimmung", auf die Herr Rechtsanwalt Friedmann-Offenburg, einer der zentrümlichen Hauptwahlmacher, den Mißerfolg 1912 zurückführte, wird sich, so hoffen wir zuversichtlich, zu der klaren Erkenntnis verdichten, bis zum 3. Februar, daß das wahre Volksinteresse nach der Richtung der Sozialdemokratie und nicht nach der Richtung einer Partei liegt, deren Tater in umgekehrtem Verhältnis zu den tönenden Agitationsphrasen stehen.

Der Fürstenberger braucht Geld.

Die Freundschaft mit Wilhelm II. kostet Geld, viel Geld, sehr viel Geld. Deshalb macht der Fürstenberger jetzt einen Riesenpump auf seine angestammten Güter in Höhe von **22 Millionen Mark.** Die Fürstenbergische Anleihe wird nach den ausgegebenen Prospekten zu 4¼ Prozent verzinst. Zur Sicherung der Anleihe ist von dem Grundbesitz, der sich in Baden, Württemberg, Hohenzollern und Oesterreich befindet, ein Teil des badischen Besitzes, nämlich rund 5570 Ha. landwirtschaftliche und rund 25 000 Ha. forstwirtschaftliche Gelände durch Eintragung einer Sicherungshypothek gemäß § 1187 BGB. in dem über die Güter und Grundstücke der Fürstlichen Fürstenbergischen Standesherrschaft auf deren Namen geführten Grundbuche von Donaueschingen verpfändet worden. Nach dem Gutachten einer Schätzungskommission beträgt der Gesamtwert der forstwirtschaftlichen Grundstücke **84 647 770** Mk. und der landwirtschaftlichen **9 653 000** Mk., insgesamt rund **94 300 000 Mk.**

Dies zur Illustrierung unserer sogenannten „göttlichen Weltordnung" zu Nutz und Frommen aller derjenigen, die in heutiger Zeit nicht das Notwendigste zur Ernährung ihrer Familien verdienen können und die noch nicht glauben, daß diese vielgepriesene, von den Pfaffen beweihräucherte Weltordnung durch eine gerechtere, die sozialistische nämlich ersetzt werden muß.

Das Schreckensurteil von Villingen.

Eine Sonntagsschlägerei war es, die dem Musketier Bertsch von der 12. Kompagnie des Infanterieregiments Nr. 169 die ungeheure Strafe von fünf Jahren Gefängnis eintrug. Das 3. Bataillon dieses früher in Lahr garnisonierenden Regiments zog am 1. Oktober in Villingen ein und am zweiten Sonntag darauf wurde in der Nähe der Stadt ein Sergeant angeblich von mehreren Zivilisten angerempelt und beleidigt. Auch ein Soldat hatte sich beteiligt und zugunsten der Zivilisten blank gezogen. Der Sergeant erhielt einen Hieb über den Hinterkopf, und einen zweiten gegen die Stirn, der den Mützenschirm glatt durchschlug. Auch einige andere Soldaten waren bei der Schlägerei noch dabei; das Kriegsgericht nahm aber an, daß Bertsch der Täter war. Nach langwieriger Untersuchung fand am Montag die Verhandlung statt, bei der die beteiligten Soldaten und ein Unteroffizier freigesprochen, Bertsch aber zu der oben genannten hohen Strafe verurteilt wurde, obwohl er an jenem Abend sinnlos betrunken war.

Die Villinger Patrioten, die beim Einzug der 169er große Freudenfeste feierten, sind ob dieser „preußischen Auswüchse" ganz baff.

Zum Fall Stritt

wird dem „Bad. Landesboten" geschrieben: „Herr Stritt hatte sich, offenbar in der Erkenntnis, daß er seit langen Jahren sich mit der praktischen Tätigkeit in der Justiz nicht mehr befaßt hatte, zuerst bei dem Minister des Innern, Herrn v. Bodman, zur Aufnahme in die Verwaltung gemeldet. Herr v. Bodman hat aber ein diesbezügliches Gesuch abgelehnt und nun erst hat sich Herr Stritt an das Justizministerium mit dem bekannten Erfolg gewendet. Es mutet allerdings eigentümlich an, daß der Herr Justizminister einen Bewerber, der seit langen Jahren in der Gemeindeverwaltung tätig gewesen ist, aber von der Staatsverwaltung nicht übernommen werden wollte, nun für den Justizdienst ohne weiteres beruflich und persönlich für qualifizierbar erachtet und noch dazu auf eine so begehrte Stelle wie die eines Landgerichtsrats in Karlsruhe befördert. Daß dies im Kreise des badischen Richterstandes bittere Gefühle auslösen muß, ist nicht wunderlich. Vor allem aber ist die Tatsache bedauerlich vom Standpunkte der älteren Gerichtsassessoren, die seit langen Jahren dem Staate teils umsonst, teils um sehr kargen Sold gedient haben, die nun hart vor Anstellung sind und ihre Hoffnungen um einige Monate hinausgeschoben sehen. Das sind keine Vorgänge, die geeignet sind, tüchtige junge Leute und selbständige Charakteure dem Justizdienste zuzuführen."

Ein Schritt vorwärts im Verkehrswesen.

Man schreibt uns aus: Der Verein Deutscher Eisenbahnverwaltungen hat zur Hebung des Verkehrs den ersten Schritt nach vorwärts gemacht, indem er die ermäßigten Fahrpreise der Zeitkarten mit der Gültigkeitsdauer von einem Jahre gleichmäßig auf die Monatskarten ausdehnte, wodurch letztere eine nicht unerhebliche Verbilligung erfahren haben. **Diese Art der** Verbilligung der Personentarife ist zu begrüßen, wenigstens muß der Gedanke, den der Verein Deutscher Eisenbahnverwaltungen zur Begründung der Verbilligung der Monatskarten anführt, anerkannt werden. Die Verwaltungen der Deutschen Eisenbahnen gehen von der ganz berechtigten Annahme aus, daß durch die Verbilligung der Monatskarten eine wesentlich höhere Nachfrage nach diesen herbeigeführt wird, wodurch der größere Umsatz an billigen Monatsabonnements den Ausfall des Mehrerlöses aus den bisher teueren Jahreskarten ausgleicht. Hier stellt sich also einmal der Verein Deutscher Eisenbahnverwaltungen auf den Standpunkt des tüchtigen Kaufmanns, dessen Geschäftsprinzip lautet: Großer Umsatz, kleiner Nutzen!

Nun ist der erste Schritt getan, um die deutschen Eisenbahnen in Bezug auf volkswirtschaftliche Ausnützung der Sitzplätze und Billigkeit für den Verkehr sich den Staaten zu nähern, die in der Frage der Fahrpreisgestaltung durch Generalabonnements, wie die Schweiz und Belgien, Deutschland vorbildlich sein sollten.

Jetzt komme ich zur Prüfung der neuen Zonentarife für die Monatskarten und muß leider nachweisen, daß denselben noch manche Mängel anhaften, deren Beseitigung ebenso im Interesse der Eisenbahnfinanzen wie in dem des reisenden Publikums gelegen wäre. Zunächst will ich die Fahrpreise nach den amtlichen Tarifen anführen und versuchen, die Preise auf den Einzelkilometer und Monat bei den verschiedenen Entfernungen vergleichend zu erläutern.

Der Fahrpreis beträgt bei beliebiger Benützung der Züge, die die betr. Wagenklasse führen, für welche die Zeitkarte ausgestellt ist, zwischen der Ausgabe- und Endstation pro Kalendermonat auf die Entfernungen von:

Kilometer	Mark	Preis des Einzelkilometers pro Monat
5	3,50	70
10	6,10	61
20	10,90	50,45
25	12,60	50,04
40	17,—	42,20
50	18,—	36,—
75	22,30	29,76
100	29,—	29,—
150	43,90	29,3[illegible]
200	58,70	29,35

Durch diese Berechnung ist nachgewiesen, daß der Verein Deutscher Eisenbahnverwaltungen immer noch den Fernverkehr als ein notwendiges Uebel für die oberen Schichten der Bevölkerung ansieht, denen zuliebe man die

---

Als französischer Spion in Deutschland gefangen.

Memoiren von Paul Chorenne.

21 (Nachdr. verb.)

(Fortsetzung.)

Siebentes Kapitel.

Militärschneider.

Der Aufseher Haberland, ein früherer Schutzmann, der aber trotz zwölf Dienstjahren als Spieler und Säufer schlecht angesehen war, meldete mir, der Direktor habe befohlen, ich müsse ein Handwerk erlernen, und zwar solle ich Militärschneider werden. Ob Militärschneider oder was anderes, war mir herzlich einerlei, ein Handwerk mußte ich, dem Reglement nach, ja erlernen. Als gelernter Schneider konnte ich dann später ja auch mal meine Hosen flicken, wenn ich wieder ins normale Leben zurückgekehrt wäre.

Kaum war ich in meiner Zelle soweit eingerichtet, als der Bureaudiener kam, um mir einen „Besuch" anzumelden. Die Freude war groß, als ich im Zimmer des Direktors, Herrn Zehme, meinem Anwalt von Leipzig, gegenüberstand. Er hatte in Halle zu tun gehabt, und da er den Gefängnisdirektor kannte, gedacht, sein Besuch könne mir vielleicht nützlich sein.

Direktor Regitz wollte sich liebenswürdig zeigen. „Glauben Sie nur nicht", sagte er zu Herrn Zehme, „daß meine Gefangenen auf die Gnade der Wärter und Beamten angewiesen sind. Nein, nein, Gewaltherrschaft gibts nicht in den preußischen Zuchthäusern, da gehts nicht zu wie in Frankreich. Der Gefangene hat unverletzliche Menschenrechte, und wenn er sich gut führt, wird er auch gut behandelt. Nur, daß ich mehr oder weniger den Kasernendrill hier im Zuchthaus eingeführt habe."

Es stimmte alles, was er sagte.

Das praktische Resultat dieser Unterredung war, daß mir der Direktor erlaubte, mir wollene Unterkleider als Schutz gegen die Kälte zu kaufen. Er übergab mir auch einen Brief meiner Schwester, den ersten nach meiner Verurteilung; ich öffnete ihn mit bangem Herzen. Aber wie es so oft geht: Mutter und Schwester empfanden alles nicht so schwer, als ich gefürchtet hatte; die Ungeheuerlichkeit des Unglücks hatte bei den Meinen die feste Ueberzeugung geweckt, daß ich vom Kaiser begnadigt werden müsse.

Um zwölf Uhr kam ich in meine Zelle zurück, wo schon Erbsenbrei und Schwarzbrot meiner harrten. Das war der Lieblingsschmaus der Zuchthäusler. Welche Mengen habe ich davon vertilgen sehen! Ich hatte als Zellennachbar einen jungen Rechnungsbeamten namens Schwartz, der wegen Schriftfälschung saß, und auf der andern Seite einen namens Schulz, einen früheren Gerichtsdiener, der einem Untersuchungsgefangenen bei seiner Flucht geholfen hatte. Beide hatten bald heraus, daß ich nur den vierten Teil meiner Portion Erbsen aß, und flehten mich durch Vermittlung des Aufsehers an, ihnen den Rest zu schenken, statt ihn in den Müllkasten zu werfen. Sie stürben beinahe vor Hunger, sagten sie, obwohl dies eine krasse Uebertreibung war, denn um mich herum starb niemand vor Hunger. Bei jeder Mahlzeit spielte sich folgender Vorgang ab: der Aufseher teilte einem jeden seine genau abgemessene Portion zu: ein Liter Erbsenbrei und zweihundertundfünfzig Gramm Schwarzbrot. Nach dieser Hauptverteilung blieben immer noch sechs bis acht Portionen übrig, und der Wärter rief durch den Korridor: „Nachtisch, meine Herren. Wer noch will, klingeln!" Dann erhob sich ein solches Sturmgeläute, daß das ganze Zuchthaus wiederhallte; denn das ganze Zuchthaus „wollte noch!"

Einmal erlebte ich etwas Unglaubliches. Wir hatten einen Gefangenen namens Könnecke, einen kleinen krummbeinigen Kerl von 25 Jahren, ein berufsmäßiger Dieb, der eine Papierschneidemaschine bediente und dem Aufseher in der Papeterie-Abteilung half, die schweren Ballen zwischen Karren und Magazin hin und herzuschaffen. Eines Tages war Könnecke abwesend, als das Essen verteilt wurde, und der Aufseher, dem ich an jenem Tage half, den Essenkübel zu tragen, befahl mir, Könneckens Eßnapf, Waschschüssel und Wasserkrug zu holen und vor die Tür zu stellen. Wir füllten alle Näpfe der Gefangenen bis zum Rand, aber es blieben uns noch etwa vier Portionen übrig.

„Für den kleinen Rest brauchen wir nicht zu schellen," sagte der Wärter, „Könnecke nimmt gewiß gern noch einen Happen" — und zu meinem unbeschreiblichen Erstaunen füllte der Kalfaktor Könneckes Waschschüssel und -Kanne auch noch mit Brei, während sich der Aufseher vor Lachen die Seiten hielt über mein verblüfftes Gesicht.

Ich vergaß noch, meine neue Schneiderzelle zu beschreiben. Ein großer länglicher Tisch, der Schneidertisch, nimmt die ganze eine Seite ein, darüber hängt ein Gestell, an dessen Unterseite viele Kleiderhaken angebracht sind. Nach der Stadt zu, zwischen den beiden Fenstern, steht ein hohes, viereckiges Tischchen: der Eßtisch, der an der Wand mit Klammern befestigt ist. Die dritte Seite der Zelle nimmt mein Bett ein, das tagsüber gegen die Wand hochgeklappt ist und die berühmte dreiteilige Matratze enthält, die so hart ist, daß ich ein Jahr lang brauchte, um mich daran zu gewöhnen. Die vierte Wand ist die interessanteste: sie hat zwei Türen, die nur durch einen schmalen Holzpfosten getrennt sind. Wahrscheinlich waren es früher zwei Zellen, die später in eine verwandelt wurden. Ueber den Türen klafft ein schwarzes Loch: die Mündung des Ventilationskamins. In der linken Ecke tragen zwei kleine Gestelle Kanne und Waschschüssel und Schippe und Besen. In dieser verschwiegenen Ecke steht auch der sogenannte „Leibstuhl". In der rechten Ecke geht die dicke Eisenröhre der Dampfheizung in die Höhe, daneben hängen Geschirr- und Bücherbrett. Auf ersterem stehen: der irdene Eßnapf mit dem Bleilöffel, ein Glasbecher, in dem sich die Feinschmecker der Anstalt gesalzenen Hering in Essig einlegen, ferner die Seifenschüssel, der Wichskasten, die Kleider-, Boden- und Schuhbürsten, ein längliches Brett, das „Heringsbrett", auf dem jedem Gefangenen jede Woche ein gesalzener Hering überreicht wird, eine Schiefertafel mit Griffel und ein Schild, auf dem nach dem Ordnungssinn der preußischen Verwaltung, alle Gegenstände der Zelle genau angegeben sind. Auf dem anderen Brett stehen in ernstem Gewand, der Katechismus, das Gebetbuch, die Biebel und ein anderes blaues Heft.

(Fortsetzung folgt.)

unrentabelsten Züge mit nur 1. und 2. Klasse auf Kosten des steuerzahlenden Volkes jahraus jahrein durch Deutschlands Gauen fahren läßt. Daran denkt allerdings kein Mensch, daß in dem heutigen wirtschaftlichen Kampfe auch der kleine und mittlere Gewerbetreibende, dem die Mittel für eine große, oft schwindelhafte Reklame mangeln, gezwungen ist, seine Erzeugnisse durch persönliche Rücksprache mit den Abnehmern an den Mann zu bringen, indem er durch persönliche Unterredung mit seinen Abnehmern die Unkosten für Reklame, die auf Kosten der Qualität der Waren gemacht wird, jenen mündlich auseinandersetzt, um dadurch sich noch ein Absatzgebiet zu sichern.

Nun wäre es im Interesse der Eisenbahnfinanzen, sowie des reisenden Publikums gelegen, die Bestimmung, daß die Monatskarten nur auf die Dauer eines Kalendermonats lauten, dahin abzuändern, daß diesen eine Gültigkeit von einem Monat verliehen wird. Wenn die Monatskarte am 23. Dezember des Jahres 1913 ausgestellt würde, so sollte sie bis 22. Januar 1914 Geltung haben. Die Kilometerhefte hatten auch vom Tage der Ausstellung an gerechnet, ein volles Jahr Gültigkeit.

Ein weiterer Vorschlag ginge dahin, die Monatskarten auf halbe Monate auszustellen. Um Irrtümer bei der Kontrolle zu vermeiden, könnte man die Zeitkarten in zwei verschiedenen Farben herstellen. Z. B. für die erste Hälfte des Monats blaue und für die zweite Hälfte rote Karten. Dadurch wäre jeder Mißbrauch, d. h. eine Benützung der Karten über deren Gültigkeitsdauer hinaus ausgeschlossen und die Kontrolle würde vereinfacht. Da die Preisberechnung und die Entscheidung ob halbmonatliche Karten oder solche, die auf einen Monat vom Tage der Lösung ausgestellt werden, lediglich eine interne Angelegenheit des Bad. Eisenbahn- und Finanzministeriums ist, ohne daß der große Apparat des „Vereins deutscher Eisenbahnverwaltungen" in Funktion gesetzt werden muß, so wäre es bei gutem Willen der Generaldirektion leicht möglich, im Interesse der Eisenbahnfinanzen, sowie des reisenden Publikums diese Vergünstigung für die Monatskarten auf die eine oder die andere vorgeschlagene Art weiten Kreisen der Bevölkerung zugänglich zu machen.

Es ist wohl nicht erforderlich, daß wegen dieser Vereinfachung, Erweiterung der Monatskarten bei der Beratung des Eisenbahnbudgets im Landtag debattiert wird.

Jugendbewegung.

Aus der nationalen Jugendbewegung.

In Niesky im Wahlkreise Rothenburg Hoyerswerda besteht eine nationale „Jugendwehr". Verschiedene junge Leute, die als „Soldaten" oder „Chargierte" der Jugendwehr angehörten, haben sich als recht dreiste Spitzbuben entpuppt. Sie verübten ihre Diebereien in einer Gärtnerei, in Buchhandlungen, Uhrengeschäften und andern Läden. Die Bürschchen gingen dabei so zu Werke, daß sie als Käufer auftraten und von dem Ladeninhaber immer Waren verlangten, die dieser nicht vorn im Laden hatte. Während der Geschäftsmann die gewünschten Waren herbeiholte, entwendete die jungen Leute, was sie erreichen konnten und verdufteten. Wahrscheinlich liegt der Anreiz zu den Diebstählen darin, daß die nationalen Jünglinge an keiner Veranstaltung der bürgerlichen Jugendwehr fehlen wollten und dazu das nötige Kleingeld brauten. Die Lokalpresse, die sonst immer jede Veranstaltung der nationalen Jugendwehr ins beste Licht rückte, hüllt sich über diese Vorfälle in tiefes Schweigen.

Soziale Rundschau.

* **Krankenkassenwahl in Löbau.** Die bereits vor einiger Zeit in Löbau stattgefundenen Ausschußwahlen zur Ortskrankenkasse verfielen bekanntlich wegen eines unbedeutenden Schreibfehlers in der Bekanntmachung der Ungültigkeitserklärung. Diese war von den Machern der Nationalen beantragt worden, in der Hauptsache aus Aerger darüber, daß sie ihre Kandidatenliste zu spät eingereicht und darum nicht zur Wahl zugelassen wurden. Jetzt hat nun die nationale Liste eine tüchtige Schlappe erlitten. Auf Liste Nr. 1 (Gewerkschaftskartell) entfielen von 2580 abgegebenen Stimmen 2087, die Nationalen bekamen nur 490 Stimmen. Liste Nr. 1 erhielt 49 Vertreter und 98 Ersatzmänner und dei Nationalen erhielten 11 Vertreter und 25 Ersatzmänner. Die Wahlbeteiligung betrug 64 Prozent.

* **Schulspeisung.** Die in den laufenden Stadtetat von Berlin für die freie Mittagsspeisung bedürftiger Gemeindeschüler eingestellte Summe von 170 000 Mk. erweist sich als so unzureichend, daß der Magistrat in der nächsten Stadtverordnetensitzung eine neue Vorlage einbringen wird, die weitere 50 000 Mk. für diesen Zweck fordert.

Friedensschluß zwischen Aerzten und Krankenkassen.

Am Dienstag abend ist nach sechsstündigen Verhandlungen im Reichsamt des Innern zwischen den Organisationen der Krankenkassen und der Aerzte folgendes Abkommen getroffen worden:

1. Bei dem Versicherungsamt oder bei einer anderen Behörde wird ein Aerzteverzeichnis eingerichtet, in das sich jeder Arzt, der Kassenpraxis betreiben will, einerlei, ob er einer Organisation angehört oder nicht, einzutragen hat. Nähere Bestimmungen über die Eintragung bleiben örtlicher Vereinbarung vorbehalten. Nur die im Register eingetragenen Aerzte dürfen zur Kassenpraxis zugelassen werden. Die Auswahl der Zulassenden erfolgt von Fall zu Fall durch Verständigung der Vertreter der im Arztregister eingetragenen Aerzte nach Maßgabe vorher vereinbarter, im Einvernehmen mit dem Oberversicherungsamt festzustellender Regeln. Dabei gelten diejenigen Aerzte, die bisher Kassenpraxis ausgeführt haben, als im Arztregister eingetragene Aerzte und sind in demselben von Amts wegen zu führen. Bei Streit über die Zulassung entscheidet unter Vorsitz eines Beamten (zum Beispiel des Vorsitzenden des Versicherungsamtes) ein paritätisch besetzter Ausschuß, dessen Mitglieder aus dem Aerztestande in ihrer Mehrheit zur Kassenpraxis zugelassene Aerzte sein müssen. Ein eingetragener Arzt, der dreimal ohne wichtigen Grund eine ihm angebotene Aeztstelle bei einer beteiligten Kasse ablehnt, kann im Arztregister gestrichen werden.

2. Soweit nicht bei einer Kasse oder einem Kassenverband (§§ 406 bis 413 der Reichsversicherungsordnung) grundsätzlich alle im Arztregister eingetragenen Aerzte zur Kassenpraxis zugelassen sind, sind so viel Aerzte anzustellen, daß mindestens auf je 1350 Versicherte, bei Familienbehandlung auf je 1000 Versicherte, ein Arzt entfällt. Unter den bei einer Kasse oder einem Kassenverbande zugelassenen Aerzten soll, wenn nichts anderes bestimmt ist, den Versicherten die Auswahl freistehen.

3. Die Art der Vergütung der ärztlichen Leistungen einschließlich der Fuhrkosten wird der Regelung durch die Einzelverträge überlassen. Bei der Festsetzung der Vergütungen ist daran festzuhalten, daß dieselben unter Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse sowohl der Leistungsfähigkeit der Kassen als auch der Ansprüche der Aerzte auf eine nach Form und Höhe angemessene Entschädigung Rechnung tragen müssen.

4. Die Kassen innerhalb des Bezirks eines Versicherungsamtes und die innerhalb dieses Bezirks zur Kassenpraxis zugelassenen Aerzte bilden je eine Vereinigung zur Wahl eines Vertragsausschusses, dem nur zur Kassenpraxis zugelassene Aerzte angehören dürfen, und dem die Vorbereitung der Aerzteverträge obliegt. Die Verträge selbst werden zwischen der Kasse (oder dem Kassenverband) und dem einzelnen Arzte geschlossen. Die Gültigkeit eines solchen Vertrages darf nicht von der Genehmigung einer anderen Organisation als der in Absatz 3 erwähnten, abhängig gemacht werden.

5. Soweit über den Abschluß neuer Verträge keine Einigung erzielt wird, unterwerfen sich die Aerzte und Kassen dem Spruche eines paritätisch zusammengesetzten Schiedsamts mit beamtetem Vorsitzenden, welches darüber entscheidet, welche Bedingungen als angemessene dem Vertrage zu Grunde zu legen sind.

Hinsichtlich des Arztsystems bewendet es unbeschadet der Bestimmung unter Nummer 7 bei dem jeweils bestehenden Zustand. Eine Aenderung des Arztsystems soll eintreten, wenn beide Teile, die Kasse und die bei der Kasse zugelassenen Aerzte, darüber einig sind, oder, wenn bei mangelnder Einigung beider Teile ein wichtiger Grund vorliegt. Beim Widerspruch der bisher bei einer Kasse zugelassenen Aerzte gegen eine von der Kasse erstrebte Aenderung des Arztsystems kann die mangelnde Zustimmung der Aerzte durch einen Mehrheitsbeschluß, der dem Vertragsausschuß (Nummer 4 Absatz 1) angehörigen Aerzte ergänzt werden. Bei Streit darüber, ob ein wichtiger Grund vorliegt, entscheidet das Schiedsamt (Absatz 1). Die Entscheidung des Schiedsamtes bindet beide Teile.

6. Bei Streit aus abgeschlossenen Verträgen entscheidet ein paritätisch zusammengesetztes Schiedsgericht endgültig und für beide Teile bindend; für vermögensrechtliche Ansprüche kann der Rechtsweg vorbehalten werden.

7. Bestehende Verträge zwischen Kassen und Aerzten bleiben, soweit nicht die Bestimmungen in Nummer 11 Platz greifen, unberührt. Die Bestimmungen dieses Abkommens sind in den Fällen nicht anzuwenden, in denen vor dem 24. Dezember 1913 zwischen Aerzten und Krankenkassen eine Vereinbarung, vorbehaltlich der Genehmigung der Zentrale des Leipziger Verbandes, zustande gekommen ist.

8. Auf die Regelung der Beziehungen zwischen Aerzten und den Betriebskrankenkassen der Eisenbahnverwaltung und auf die Regelung der Beziehungen zwischen Aerzten und den knappschaftlichen Krankenkassen finden die Bestimmungen dieses Abkommens keine Anwendung.

9. Es bleibt vorbehalten, bei der Ausführung dieses Abkommens im Einvernehmen mit den Beteiligten zu prüfen, inwieweit die Verhältnisse der Landkrankenkassen und der an ihre Stelle tretenden Ortskrankenkassen noch besondere Bestimmungen erforderlich machen.

10. Die vertragschließenden Teile verpflichten sich, die Stellungnahme ihrer Organisationen zu diesem Abkommen bis zum 29. Dezember 1913, vormittags, dem Reichsamt des Innern anzuzeigen. Ist beiderseits Zustimmung erfolgt, dann wird die örtliche Vertragszentrale (Leipziger Verband) a) den Abschluß von Verträgen dort, wo Aerzte und Kassen über die Vertragsbedingungen einig sind, sofort zulassen, b) bei neuerrichteten Kassen eine vorläufige Ordnung der ärztlichen Versorgung fördern, c) darauf hinwirken, daß dort, wo bei schon bestehenden Kassen eine Einigung zwischen Aerzten und Kassen noch nicht erzielt ist, die Vertragsverhandlungen gefördert werden, und bis zu deren Abschluß die alten Verträge weiter gelten.

11. Beide Vertragsteile werden bemüht sein: a) auf die alsbaldige Entbindung derjenigen Aerzte von der kassenärztlichen Tätigkeit am Orte Bedacht zu nehmen, die die Kassen während der jetzigen Vertragsstreitigkeiten von auswärts zugezogen haben und mit denen sie rechtsgiltige Verträge geschlossen haben, b) für die anderweite Unterbringung dieser Aerzte zu sorgen, c) auf eine möglichst baldige Lösung dieser Verträge hinzuwirken, d) die dabei notwendig werdenden Abfindungen zu vereinbaren. Diese Verhandlungen sollen von beiden Vertragsteilen gemeinschaftlich geführt werden, wobei vorausgesetzt wird, daß die Regierungen deren Bemühungen unterstützen werden. Die entstehenden Kosten übernimmt der Leipziger Verband unter der Voraussetzung, daß die Verbände der Kassen ihren Einfluß dahin geltend machen, daß allenthalben die Kassen zu dem Arzthonorar für diesen Zweck einen Zuschlag von jährlich 5 Pf. auf den Kopf der Versicherten bewilligten. Durch diesen Zuschlag soll die Hälfte der Kosten gedeckt werden.

12. Zur Durchführung dieses Abkommens und zur Entscheidung von Streitigkeiten, die daraus entstehen, wird ein paritätisch zusammengesetzter Zentralausschuß in Berlin eingesetzt, dessen Vorsitzenden der Staatssekretär des Innern ernennt. Bei der Besetzung des Ausschusses wird auf entsprechende Mitwirkung des beteiligten Bundesstaates Bedacht genommen weren.

13. Dieses Abkommen gilt vom 1. Januar 1914 bis zum 31. Dezember 1918 und von da an auf unbestimmte Zeit weiter unter dem Vorbehalt einjähriger Kündigung, die nur auf den 1. Januar zuständig ist. Im Falle einer Kündigung soll der Zentralausschuß alsbald Verhandlungen einleiten, um ein neues Abkommen vorzubereiten.

Kommunalpolitik.

Verhaftete Stadtverordnete. In der mecklenburgischen Stadt Wismar besteht seit längerer Zeit ein Konflikt zwischen dem Magistrat und dem Stadtverordnetenkollegium, der daraus entstanden ist, daß der Magistrat vier vom Stadtverordnetenkollegium zu Stadträten vorgeschlagene Mitglieder ablehnte. Es sind dann Schmähbriefe gegen Ratsmitglieder geschrieben worden, als deren Verfasser der eine der abgewiesenen Kandidaten, ein Kaufmann Ahrens, in Frage kommt. Deshalb wurde gegen ihn ein Haftbefehl erlassen, der nur wegen schwerer Erkrankung nicht ausgeführt werden konnte. Dagegen sind die andern drei abgewiesenen Kandidaten wegen Mittäterschaft und Kollusionsgefahr verhaftet worden.

Gewerkschaftliches.

* **Kampf dem giftigen Holzstaub!** Von Erkrankungen durch giftigen Holzstaub ist in letzter Zeit wiederholt in der Presse die Rede gewesen. Es sind Angehörige der Holzindustrie, die in erster Linie unter den Vergiftungserscheinungen leiden. Das hat den Vorstand des Deutschen Holzarbeiterverbandes veranlaßt, auf Mittel zu sinnen, um dem Uebel zu steuern. Nach einer Beratung mit sachverständigen Aerzten ist ein Fragebogen, ähnlich dem Unfallfragebogen, der seit Jahren beim Holzarbeiterverband in Gebrauch ist, herausgegeben, der den Zahlstellen des Verbandes zugestellt wird. Es sollen fortab über alle Erkrankungsfälle dieser Art genaue Angaben gesammelt, um so über Umfang und Art der Erkrankungen die nötigen Unterlagen zu schaffen, um die öffentliche Aufmerksamkeit auf die Gefahren für die Gesundheit der Holzarbeiter zu lenken und geeignete Schutzmaßnahmen anzustreben.

Die Hauptschwierigkeit, dem Uebel beizukommen, hat bisher daran gelegen, daß Feststellungen über die dabei in Betracht kommende Holzart nicht getroffen werden konnten. Ermittelt wurde bisher nur, daß mehrere Holzarten die giftigen Erscheinungen aufweisen. So wurde in einem Falle, der vor wenig Wochen durch die Presse ging, daß in Betracht kommende Teakholz — nicht, wie es in einigen Blättern stand, Trackholz — genannt. Zwei andere Autoritäten hatten jeder eine andere Bezeichnung. So nannte es die Direktion der Berliner Tischlerschule Tamanqueira. Die Holz- und Staubprobe wurde einem Hamburger Importeur von Kamerunhölzern vorgelegt und dieser meinte, daß es sich um ostafrikanisches Mevule-Holz handelt. Eine andere Holzprobe ähnlicher Art, nur etwas heller und fahler als das in Plauen verarbeitete, wurde vom Fabrikanten als Zitronenholz von den damit beschäftigten Arbeitern als Canadische Ceder bezeichnet. Der oben benannte Hamburger Importeur meinte, es sei ostafrikanische Pappel. Die Krankheitserscheinungen sind ähnlich. Hautausschlag an den Armen, Anschwellung und Reizbarkeit der Augen und Nase.

Ein besonders schwerer Fall wird aus Düsseldorf gemeldet. In einem dortigen großen Betriebe ist ein an der Kappsäge be-

Spielplan des Hoftheaters Karlsruhe.

Dienstag, 30. Dez., A. 27: **„Jedermann"**, das Spiel vom Sterben des reichen Mannes, erneuert von Hugo v. Hofmannsthal. 8—½10 Uhr.

Mittwoch, 31. Dez., C. 26: **„Die Fledermaus"**, Operette in 3 Akten von Johann Strauß. 7 Uhr bis gegen 10 Uhr.

Donnerstag, 1. Jan., B. 28. Neueinstudiert: **„Figaros Hochzeit"**, komische Oper in 4 Akten von Mozart. Bearbeitet von Levi. ½7 bis gegen ¾10 Uhr.

Freitag, 2. Jan.: Geschlossen wegen der Vorbereitungen für das Gesamtgastspiel des Berliner Deutschen Theaters „Das Wunder".

Samstag, 3. Jan., 25. Vorst. auß. Ab. Erstes Gastspiel des Berner Deutschen Theaters (Direktion: Max Reinhardt). Zum erstenmal: **„Das Wunder"**, große Pantomime in zwei Akten und einem Zwischenspiel von Karl Vollmöller und Max Reinhardt, Musik von Engelbert Humperdinck. Anfang 8 Uhr.

Sonntag, 4. Jan., 26. Vorst. auß. Ab. Zweites Gastspiel des Berliner Deutschen Theaters (Direktion: Max Reinhardt): **„Das Wunder"**, große Pantomime in 2 Akten und einem Zwischenspiel von Karl Vollmöller und Max Reinhardt, Musik von Engelbert Humperdinck. Anfang 7 Uhr.

Montag, 5. Jan., C. 28: **„Die Puppenklinik"**, Lustspiel in 3 A. von Schönthan und Presber. ½8 bis gegen 1 Uhr.

In Baden-Baden:

Samstag, 3. Jan., 14. Ab.-Vorst. Zum erstenmal: **„Die Puppenklinik"**, Lustspiel in 3 Akten von Schönthan und Persber. 7 Uhr bis gegen ½10 Uhr.

Eingegangene Bücher und Zeitschriften.

(Alle hier verzeichneten und besprochenen Bücher und Zeitschriften können von der Parteibuchhandlung bezogen werden.)

Der **„Wahre Jacob"** hat mit der soeben erschienenen **Neujahrsnummer** sein 30. Lebensjahr vollendet, welches Ereignis in dem Gedicht „Zum neuen Jahr" gebührend gewürdigt wird. Aus dem Inhalt der Nummer heben wir die folgenden Beiträge hervor:

Bilder: Profit Neujahr! — Nach der Weihnachtspredigt. — Arbeitswilligen-Trost. — Zur Jahrhundertfeier in Elsaß-Lothringen. — Der Metzgermeister. — Das Ruhmesblatt von Zabern. — Die Regierung und die Arbeitslosenversicherung. — Stimungsbild aus dem Reichsland. — Die Wandlung des Hansabundes von 1909 bis 1913.

Text: Zum neuen Jahr. — Der fidele Reichskanzler. Von Lehmann. — Politische Glossen. — Kommentare zur Kanzlerrede. — Ein Sünder. — Lieber Jacob! Von Otthilf Nauke. — Die Eingekellerten in Zabern. — Prinzenautos. — „Völker Europas, schützt eure heiligsten Güter!" — Oekonomische Gedankensplitter. Von Meth. — Aus feinen Kreisen. Von Sulla. — Prophezeiungen für 1914. Von Abdul-Spas-Is. — Ein Opfer der Bücher. (Illustriert.) — Deutscher Silvester. — Er kommt. — Siegesdepesche vom Kriegsschauplatz. — Armee und Zivilbevölkerung. Von Arminius. — Bravo! — Usw. usw.

Der Preis der 12 Seiten starken Nummer ist 10 Pf. Probenummern sind jederzeit durch den Verlag J. H. W. Dietz Nachf. G. m. b. H. in Stuttgart, sowie von allen Buchhandlungen und Kolporteuren zu beziehen.

Die „Sozialistischen Monatshefte, redigiert von Dr. J. Bloch, Administration Berlin W., Potsdamerstraße 121h, die bekanntlich alle 14 Tage erscheinen, haben soeben das 26. Heft ihres 19. Jahrgangs herausgegeben. Aus seinem Inhalt heben wir hervor: Janko Sakasow, Mitglied des bulgarischen Parlaments: Bulgarien nach den Balkankriegen. — Paul Kampffmeyer: Marx und Engels. — Wolfgang Heine, M. d. R.: Zum Streik der Aerzte. — Max Schippel: Amerikanische Landwirtschaftsentwicklung. — Otto Eggerstedt: Der Eroberungszug der Maschinen im Bäckergewerbe. — Elisabeth Siewert: Die Stube. — Gewerkschaftsbewegung von H. Stühmer. — Kommunalsozialismus von Dr. H. Lindemann. — Philosophie von Dr. K. Grelling. — Hygiene von Dr. H. Goldschmidt. — Bildende Kunst von L. Stern. — Dichtkunst von M. Hochdorf. — Kolonisation von Dr. L. Quessel.

Der Preis des Heftes beträgt 50 Pf., pro Quartal (6—7 Hefte) 3 Mk. Zu beziehen durch jede Buchhandlung, auf jeder Postanstalt, bei allen Kolporteuren, in den Kiosken, sowie direkt vom Verlag der Sozialistischen Monatshefte, Potsdamer Straße 121 h, Berlin W. 35. Zusendung unter Kreuzband oder in geschlossenem Kuvert. Probehefte stehen auf Verlangen jederzeit kostenfrei zur Verfügung.

Plutus. Kritische Wochenschrift für Volkswirtschaft und Finanzwesen (Herausgeber Georg Bernhard). Der „Plutus" vollendet mit dem vorliegenden 52 Heft des Jahrgangs 1913 sein 10. Lebensjahr. Das neueste reichhaltige Heft enthält u. a.: Persönlichkeit. — Losschwindel. Von Myson. — 1913. Von Hans Goslar-Berlin. — Revue der Presse: Brikettierung von Metallspänen. — Kapitel aus der amerikanischen Emissionsgeschichte. — Haftung der Bank für die Auszahlung gefälschter Schecks. — Währungskrise in Mexiko. — Mexikanische Banken. — Schwindelbankprozeß. — Tätigkeit der deutschen Stadtgemeinden auf dem Gebiete des Realkredites. — Aus den Börsensälen. — Scheckverluste. — Diamantenkrach. — Frauenbank. — Gold aus London. — Endhäfen des Rhein-Leinekanals. — Gedanken über den Geldmarkt. Von Justus. — Plutus-Merktafel. — Antworten des Herausgebers. — Neue Literatur. — Generalversammlungen. — (Abonnement vierteljährlich per Post, Buchhandlung und direkt vom Plutus-Verlag 4,50 Mk.) Probehefte gratis in jeder Buchhandlung und vom Plutus-Verlag, Berlin W. 62, Kleiststraße 21.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

schäftigter Hilfsarbeiter an schweren Vergiftungserscheinungen erkrankt. Er hatte Holz auf den Schultern nach dem Maschinenraume zu tragen. An einem Regentage ist ihm bei der Arbeit Holzstaub und am Holz haftende Holzspähne abgewaschen und auf den Rücken gespült worden. Nach zwei Tagen trat ein mit heftigem Jucken verbundener Ausschlag auf, der von einem hinzugezogenen Spezialarzt sofort als Vergiftungserscheinung erkannt wurde. Ausschlag und Rötung haben sich auf Arme und Gesicht übertragen, das Gesicht erlitt eine außerordentliche Anschwellung. Nach Hinzuziehung eines zweiten Arztes wurde der Erkrankte ins Krankenhaus überführt. Er ist jetzt als gebessert entlassen, befindet sich aber noch in ärztlicher Behandlung. Die Krankheitserscheinungen treten von neuem und verstärkt auf, wenn der Mann sich erhitzt, sie lassen nach bei kühlem Wetter. Die Dauer der Krankheit datiert seit Anfang August, ohne daß es bisher den Aerzten möglich war, wesentliche Linderung oder vorübergehende Heilung zu erzielen. Das in Frage kommende Holz soll ostindisches Polisander sein. Doch kommen zwei Arten in Betracht, von denen das Polisander von brauner Farbe weniger gefährlich sein soll, während das andere, ebenso benannt, von brennendroter Farbe die Erkrankungserscheinungen mehr erzeugt. — Mit Staubeinatmungskrankheiten wird sich auch der für den September 1914 in Wien in Aussicht stehende internationale Kongreß für Gewerbekrankheiten beschäftigen.

* **Streikbrecher nach Colorado (Amerika) gesucht.** Von der Distriktsleitung der amerikanischen Bergarbeiterorganisation ging beim Bergarbeiterverband (Sitz Bochum) die Nachricht ein, daß der Bergarbeiterstreik im Staate Colorado noch anhält. Da die Bergwerksunternehmer von Colorado sich große Mühe geben, auf dem europäischen Festland und besonders in Deutschland Streikbrecher anzuwerben, so möge diese Nachricht alle Arbeiter und besonders die Bergarbeiter warnen. Kein Arbeiter, der auf seine Ehre hält, darf zum Verräter an der kämpfenden Bergarbeiterschaft im Staate Colorado werden. Habt auf die Agenten ein wachsames Auge. Hoch die Solidarität!

Aus der Partei.

7. bad. Reichstagswahlkreis. Das gestern zum Teil zur Verbreitung gelangte Flugblatt ist dahin zu berichtigen, daß es statt Georg Geiler heißen soll **Kandidat Franz Geiler**; Mülhausen.

* **Genosse Witti beim Kaiserempfang.** Die „Münchener Post" schreibt am Mittwoch: „In der gegnerischen Presse wird die Mär verbreitet, gegen den Genossen Witti sei beim Vorstand des sozialdemokratischen Vereins München das Parteiverfahren beantragt, wegen seiner Teilnahme am Empfang des deutschen Kaisers im Münchener Rathaus. Diese Behauptung ist unrichtig. Es sei folgendes kurz festgestellt: Gen. Witti bekleidet das Amt des 2. Vorstandes des Gemeindekollegiums seit Januar 1911. Vor der Uebernahme dieses Amts gab er die Erklärung ab, daß er die mit dem Amt zusammenhängenden Repräsentationspflichten erfüllen werde. Diese Erklärung erfolgte auf Grund eines Beschlusses der sozialdemokratischen Rathausfraktion, der dem Sinne nach vor Uebernahme des Vorstandspostens in der „Münchener Post" veröffentlicht worden und ohne jeden Widerspruch geblieben ist. Auch der Gesamtausschuß des sozialdemokratischen Vereins hat nach Darlegung der Gründe die Haltung der Rathausfraktion einhellig gutgeheißen. Vor der Neuwahl des Vorstandes des Gemeindekollegiums für das Jahr 1912 beschäftigte sich die Rathausfraktion neuerdings mit der Frage, ob der Sitz im Vorstand abermals verlangt werden solle, trotz der mit ihm verbundenen Repräsentationspflichten. Auch diesmal beschloß die Fraktion, den Einfluß der Partei nicht durch die Repräsentationspflichten preiszugeben. Genosse Witti hat also, da er als Vorstand des Gemeindekollegiums beim Besuch des Kaisers im Hause der Stadt zugegen war, eine mit dem übernommenen Amt zusammenhängende Verpflichtung erfüllt und sich auch in diesem Falle vorher mit dem Fraktionsvorstand verständigt."

* **Preßprozesse.** Von der Bremer Strafkammer wurde am Dienstag, 23. Dezember, der Genosse Schwartz, Verantwortlicher der „Bremer Bürger-Zeitung", zu 1200 Mk. Geldstrafe verurteilt. Ein Oberlehrer fühlte sich durch einen Artikel beleidigt, der sein Verhalten bei der Jahrhundertfeier während des Fackelzuges kritisiert hatte. Der Staatsanwalt hatte sechs Wochen Gefängnis beantragt. — Wegen Beleidigung eines Amtsvorstehers war der Verantwortliche unseres Görlitzer Parteiblattes vom Schöffengericht zu 100 Mk. Geldstrafe verurteilt worden. Das Landgericht verwarf die eingelegte Berufung und die gegen das Urteil nunmehr anhängig gemachte Revision wurde vom Oberlandesgericht auch als unbegründet zurückgewiesen.

Von der **„Neuen Zeit"** ist soeben das 13. Heft des 32. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Die Einigung in England und Rußland. Von K. Kautsky. — Geschichtschreibung ohne Gänsefüßchen. Von N. Rjasanoff. — Ein englischer Farmer über die Agrarfrage. Von J. Köttgen. — Das Kinoproblem und die Arbeiter. Von Franz Förster. — Literarische Rundschau: Sozialdemokratische Frauenbibliothek: Luise Zietz, Die Frauen und der politische Kampf. Klara Weyl, Die Frauen und die Gemeindepolitik. Luise Zietz, Kinderarbeit, Kinderschutz und Kinderschutzkommission. M. Richter, Die Frau in der Industrie und Landwirtschaft Württembergs. Mathilde Wurm, Die Frauen und der preußische Landtag. Adolf Braun, Die Arbeiterinnen und die Gewerkschaften. Von Therese Schlesinger. Paul Wappler, Die Täuferbewegung in Thüringen 1526—1548. Von Ernst Drahn. Leon Jacques, Les partis politiques sous la troisieme Republique, Doctrine et Programme, Organisation et Tactique. Von Z. Leder. — Zeitschriftenschau. Von G. Stiekloff. — Die „Neue Zeit" erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteure zum Preise von 3,25 Mk. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pfg. Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Von der **„Gleichheit"**, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen, ist uns soeben Nr. 7 des 24. Jahrhangs zugegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: Erlösung. — Die Tätigkeit der Frau in der Gemeinde. XI. Von Anna Blos. — Das Ergebnis. — Die Gewinnung der weiblichen Jugend. Von Mathilde Wurm. Die Frauen und der Wahlkampf in Italien. Von Angelika Balabanoff. — Arbeitende Mütter. II. Von Johann Ferch. — Aus der Bewegung: Von der Agitation. — Frauenkonferenz im Bezirk Breslau. — Ferienausflüge in Krefeld. — Feriensparziergänge für Arbeiterkinder in Chemnitz. — Politische Rundschau. Von H. B. — Gewerkschaftliche Rundschau. — Arbeitslosenzählung im Deutschen Textilarbeiterverband. Von sk. — Von der englischen Textilarbeiterschaft. Von sk. — Notizenteil: Dienstbotenfrage. — Frauenarbeit auf dem Gebiet der Industrie, des Handels- und Verkehrswesens. — Arbeitsbedingungen der Arbeiterinnen. — Frauenstimmrecht. — Frauen in öffentlichen Aemtern. — Verschiedenes. — Literarisches.

Für unsere Mütter und Hausfrauen: Zukunft. Jean Finot: „Das hohe Lied der Frau". — Der Kaffee. III. Von Remokis. — Für die Hausfrau. — Feuilleton: Eine Weihnachtsprediat. Novelle Otto Krille.

Für unsere Kinder: Ruf der Genien. Von Wolfgang Goethe. (Gedicht.) — Eine Weihnachtsgeschichte von der Rauhen Alb. Von Else Belli. — Mutter und Kind. Von Max Barthel. (Gedicht.) — Vom Ursprung des Weihnachtsfestes. Von B. S. — Welga. Eine nordische Legende. Von Iwan Bunin. (Fortsetzung.) — Kater Murr. Von Julius Zerfaß. (Gedicht.)

Die „Gleichheit" erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf. Durch die Post bezog beträgt der Abonnementspreis vierteljährlich ohne Bestellgeld 55 Pf.; unter Kreuzband 85 Pf. Jahresabonnement 2,60 Mk.

Das Blutmeer im Kohlenbergbau.

Von H. Falkenfels.

Seit einem Jahrzehnt vergeht kein Jahresviertel, ohne daß der Draht in alle Welt ein Erdbeben meldet. Und in gleichen raschen Abständen folgen sich die schlagenden Wetter in den Kohlengruben auf dem Erdenrund. Es läßt sich darüber streiten, ob diese Katastrophen mit der Unruhe der Erdrinde in Zusammenhang stehen oder ob sie einfach eine Folge der sich von Jahr zu Jahr maßlos steigernden Ausbeutung der Kohlenschätze sind. Wenn es das Prinzip der Kohlenförderung ist, das größte Quantum Kohlen in kürzester Zeit aus der Erde herauszuholen, wenn auf der modernen Zeche die Anschläger kaum Zeit finden, von einer Abnahme der vollbeladenen Hunde zur andern, oder um die Tatsachen mit der Plastik der Zahlen vor unsern Augen erscheinen zu lassen, wenn im Jahre 1803 in dem damals blühendsten deutschen Grubengebiet von Essen in 115 Steinkohlengruben kaum etwas über eine halbe Million Tonnen gefördert, während jetzt (1906) im Jahr auf Erden eine Milliarde Tonnen, in Deutschland allein 137 Millionen Tonnen Kohle gewonnen werden, dann muß sich natürlich schon aus rein mathematischen Gründen auch die Zahl der schlagenden Wetter vervielfacht haben und noch immer von Jahr zu Jahr zunehmen.

Tatsächlich glauben weite Kreise, diese Grubengas- und Kohlenstaubexplosionen seien das Hauptrisiko des Bergmannes in den Kohlenbergwerken. Und die erhoffen sich eine wesentliche Besserung der Lage der Grubenarbeiter, wenn man erst irgend welchen Schutz gegen diese Explosionen vorkehren kann, von denen man allgemein glaubt, daß sie den Bergmann ganz unvorbereitet treffen.

Aus dieser Psychologie heraus erklären sich die vielen Betrachtungen namentlich der „Schwerindustrie-Presse" und ihr Jubel über die Erfindung der „Schlagwetterpfeife".

Es entspricht vollständig dem Wesen des Kapitalismus, daß er sein „Gewissen" schon beruhigt fühlt, wenn er Hoffnung hat, daß die unangenehmste Kontrolle durch die öffentliche Meinung aufhört. Seine Denkungsweise ist dabei die folgende: Jede Grubenkatastrophe rüttelte das Mitgefühl für die Lage der Grubenarbeiter wach; man wird die dabei zutage getretenen moralischen Anwandlungen natürlich unterlassen, ja man wird glauben, die Gefahren des Bergmannslebens seien nun für immer beseitigt, wenn keine Zeitungsnachrichten mehr von Opfern der schlagenden Wetter berichten.

Die Fachleute haben nun ihre eigene Meinung über die wunschgemäß so prompt erfundene Schlagwetterpfeife. Sie erscheint ihnen nicht neu, denn man hat das bei ihr verwendete Prinzip der „semipermuablen Membran", wodurch das Vorhandensein von Gasen schon in einem Stadium angezeigt wird, in dem noch keine unmittelbare Gefahr droht, bereits wiederholt in ähnlichen Konstruktionen auch zu ähnlichen Zwecken verwendet, ohne jedoch besonders befriedigende Erfahrungen gemacht zu haben.

Aber auch abgesehen hiervon und vorausgesetzt, daß man durch die neue Konstruktion wirklich zur rechten Zeit die nötige Warnung erhalten kann, würde sich **sogar durch die Vermeidung der Schlagwetterkatastrophen noch nicht viel an dem Risiko der Kohlengrubenarbeiters geändert haben,** denn — und hier setzt eben das in den weitesten Kreisen Unbekannte ein — die meisten Unfälle in Kohlenbergwerken stammen aus andern Ursachen. Einige Angaben aus dem statistischen Jahrbuch für Deutschland werden hierüber rasch Aufschluß geben.

Im Jahre 1890 gab es in 425 betriebenen Steinkohlengruben eine mittlere Belegschaft von 262 475 Mann; im Jahre 1905 gab es nur mehr 331 Gruben, in diesen aber 493 307 Grubenarbeiter. Heute beträgt deren Zahl weit über 600 000, so daß man wohl sagen kann, jeder hundertste Deutsche sei Kohlengrubenarbeiter. Demgegenüber gab es 1880—1890 jedes Jahr an 131 Opfer von schlagenden Wettern, zwischen 1902—1905 jährlich durchschnittlich nur mehr 14 Tote, trotz der enormen Zunahme der Belegschaften. Der Statistiker wird hieraus ablesen, daß die scheinbare Zunahme der Explosionskatastrophen eine Art optischer Täuschung, offenbar dadurch verursacht sei, daß früher kleinere Einzelunglücke nicht in solchem Maße überallhin gemeldet wurden wie jetzt, ferner daß auch ohne Schlagwetterpfeife durch bessere Kenntnisse der Bergnatur die Gefährlichkeit der Grubengase abnimmt und die Zahl der durch sie verursachten Todesfälle in einem Zeitraum von 15 Jahren von 0,517 pro Mille auf 0,029 pro Mille zurückgedrängt wurde.

Aber in dem gleichen preußischen Kohlenbergbau betrug um diese Zeit nach den Jahresberichten des Vereins deutscher Bergarbeiter die Zahl der entschädigungspflichtigen Unfälle um das Jahr 1890 gegen 4000, im Jahre 1898 schon 6323, um 1903 sogar 9049 und endlich im Jahre 1905 die Riesenziffer von **10 066**, und dieses Blutmeer im Bergbau ist seitdem immer höher gestiegen. Sehr richtig bemerkte hierzu gelegentlich eines größeren Grubenunglücks der „Vorwärts": Die materiellen Verluste lassen sich berechnen, aber die nackten, kalten, brutalen Zahlen sagen nicht, welch grenzenloses Weh sich hinter ihnen verbirgt; für wieviele Proletarierkinder der Tod des Vaters Unterernährung, Siechtum, Verelendung, Tod, physische und moralische Schäden bedeutet, das kann man nicht erfassen. . . .

Es ist also mit der Schlagwetterwarnung allein herzlich wenig getan, eigentlich nur soviel als 14 gegen 10 066 bedeutet. Nicht die Explosionen sind die größte Gefahr des Arbeiters in den Kohlengrben, sondern andere Dinge.

Unter ihnen steht an erster Stelle „das gebräche Dach". Unter diesem Ausdruck versteht der Bergmann die Tatsache, daß die Decke, unter der er arbeitet, unter dem ungeheuren Gebirgsdruck (viele Bausohlen befinden sich 300 bis 700 Meter unter Tag und der Bergbau strebt aus leicht durchschaubaren Gründen immer mehr in die Tiefe) nur zu leicht nachgibt.

Der Vorgang, auf den sich der Kohlenbergbau vielenortes verläßt, wenn er die „abgekohlten Strecken zu Bruche gehen läßt", das heißt, wenn man die Flöze, deren Inhalt herausgefördert ist, nicht wieder anfüllt, sondern einfach ihrer Zimmer beraubt und dann abwartet, bis sie durch den Gebirgsdruck von selbst wieder zusammengequetscht werden, dieser Vorgang ereignet sich auch wider Willen oft genug schon vorzeitig und trotz aller „Stempel", und Balkensicherungen, sind namentlich Zimmerleute und Häuer, aber auch noch weit hinaus in die Querschläge Schlepper und Arbeiter aller Kategorien durch „Kohlenfall", das heißt Losbrechen größerer Deckenstücke ständig bedroht.

Der Stückkohlenfall ist die Hauptursache der meisten Unglücksfälle in den Kohlengruben, die sich bedeutend häufiger ereignen, als man außerhalb des Bergmannslebens weiß.

Von einer wirklich bedeutsamen Verringerung des Arbeiterrisikos könnte nur dann gesprochen werden, wenn es gelänge, diesen Deckeneinbrüchen wirksam zu begegnen. Aber auch dann blieben noch jährlich Tausende von Opfern der Arbeit, die durch Wassereinbrüche, durch Verletzungen bei den Maschinen, durch Absturz in den meist nur schwer zugänglichen Senken und Strecken verunglücken, die auch ohne das in der schlechten Luft, überhaupt unter den gesamten gesundheitswidrigen Verhältnissen ihres schweren Berufs dahinsiechen, alles Dinge, von denen wahrlich keiner träumt, der sich am rauhen Winterabend am behaglichen Feuer wärmt.

Gerichtszeitung.

Aus der Karlsruher Strafkammer.

Sitzung vom 24. Dezember.

In geheimer Sitzung wurde gegen die Dienstmagd B. S. von Liedolsheim und den Müller O. H. von Horenbach wegen **Abtreibung bezw. Beihilfe** dazu verhandelt. Das Urteil lautete gegen die S. auf 9 Monate Gefängnis und gegen H. auf 4 Monate Gefängnis. An den Strafen kommen je 6 Wochen Untersuchungshaft in Abzug. — In der Nacht vom 8. auf 9. November ds. Js. brachen der Dienstknecht F. Mackemull von Mörsch und der Dienstknecht A. Pf. von Daxlanden gemeinschaftlich im Rosenhof bei Teutschneureut ein und stahlen einem dort bediensteten Knecht Kleidungsstücke, Stiefel, 4 Fuhrmannspeitschen und eine ganze Reihe anderer Gegenstände von erheblichem Wert. Beide Einbrecher sind wegen Diebstahls schwer vorbestraft; Pf. hat sogar ein gedrucktes Strafregister mit 44 Einträgen. Ihren letzten **Einbruch** büßen beide mit je 2 Jahren Zuchthaus und je 5 Jahren Ehrverlust. — Wegen **versuchter Abtreibung bezw.** Beihilfe dazu wurde die Ehefrau E. W. geb. T. von Forst zu 1 Monat 15 Tagen Gefängnis und die Ehefrau G. W. geb. B. von Grottendorf zu 1 Monat Gefängnis verurteilt. Die Verhandlung wurde unter Ausschluß der Oeffentlichkeit durchgeführt. — Ein gefährlicher **Ueberziehermarder** stand in der Person des Fabrikarbeiters W. L. von hier vor der Strafkammer. Der Angeklagte stahl in den letzten Monaten in der Gewerbeschule in Durlach und in verschiedenen dortigen Wirtschaften eine große Anzahl Ueberzieher, die er dann hier bei Althändlern verkaufte, bei welcher Gelegenheit er in das vorgeschriebene Verkaufsbuch jeweils einen falschen Namen eintrug. Der Angeschuldigte macht zu seiner Verteidigung geltend, er sei damals ohne Arbeit gewesen und habe die Diebstähle aus Not begangen. Trotzdem die große Frechheit, mit der der Dieb zu Werke ging, erschwerend ins Gewicht fiel, nahm das Gericht an, daß er in einer gewissen Notlage gehandelt habe und erkannte wegen **Diebstahls** und **Urkundenfälschung** auf eine Gefängnisstrafe von 3 Monaten und 3 Wochen, abzüglich 1 Monat und 2 Wochen Untersuchungshaft. — Die berüchtigte Frau B. K. geb. R. von Grünwettersbach, die sich in der zur Genüge erörterten Durlacher Abtreibungsaffäre vor dem Schwurgericht zu verantworten haben wird, stand heute in „eigener Angelegenheit" vor der Strafkammer. Wie so viele Frauen und Mädchen, die sie dem Ehemann Herzog zur Vornahme des verbrecherischen Eingriffs zugeführt hatte, hatte auch sie, als sie sich in anderen Umständen glaubte, die Hilfe dieses scheußlichen Verbrechers in Anspruch genommen. Allerdings blieb es bei einem Versuch, da die Angeklagte damals nicht in anderen Umständen war. Das Urteil gegen sie lautete für diese Straftat auf die Mindeststrafe von 1 Monat 15 Tagen Gefängnis. Der Beihilfe angeklagt war die Ehefrau J. H. geb. H. von Grünwettersbach; sie erhielt 4 Wochen Gefängnis. — Auch im nächsten Fall der Tagesordnung handelte es sich um ein Opfer der Herzog-Affäre. Angeklagt war die Ehefrau M. H. geb. E. von Aue; auch hier blieb es beim **Versuch der Abtreibung**, der mit der Mindeststrafe von 1 Monat und 15 Tagen Gefängnis gesühnt wird.

* **Geheimnisse des Wurstkessels.** In einer Schöffengerichtssitzung zu Freiburg wurden wieder mal Geheimnisse des Wurstkessels enthüllt. Auf der Anklagebank saß ein Freiburger Metzgermeister, weil er Würste in dem gleichen Kessel abkochte, in dem die schmutzige Wäsche der Hausbewohner gewaschen wird. Wegen des gleichen Vergehens war der Metzger schon einmal schöffengerichtlich mit 20 Mk. bestraft worden; in der Verhandlung wurde zur Sprache gebracht, daß das Bezirksamt schon wiederholt Strafen aussprechen mußte (bis zu 5 Mk.), weil der Betrieb des Metzgers bezüglich der Reinlichkeit viel zu wünschen übrig ließ. Die Strafe lautete auf 50 Mk. und außerdem wird das Urteil in zwei Zeitungen von amtswegen veröffentlicht. — Wenn der „Wurstler" wieder rückfällig wurde, so doch nur, weil er das erste mal zu glimpflich davon kam; man erhöhe die Strafe um das zehnfache, und derartige Fälle werden dann weniger vorkommen.

Die Millionen Abonnenten und Leser der feindlichen Presse sind größtenteils Glieder des arbeitenden Volkes, und gerade sie sind es, welche dieser zu ihrer Knechtung bestimmten Presse die ungeheure Macht verleihen, über die sie verfügt. Der Arbeiter, der statt eines Arbeiterblattes ein Organ der Arbeiterfeinde hält, begeht einen geistigen Selbstmord, ein Verbrechen an seinen Brüdern, einen Verrat an seiner Klasse. Die Presse ist heute das wirksamste Mittel der Knechtung. Bemächtigen wir uns dieses Hebels und die Presse wird das wirksamste Mittel der Befreiung sein.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Soziale Rechtspflege.

Ist Hitzschlag ein Betriebsunfall? Ein Arbeiter war während großer Sommerhitze im Freien beschäftigt. Gegen mittag wurde er unwohl, erholte sich jedoch bald wieder. Am nachmittage erkrankte er dann plötzlich schwer am Hitzschlage, der seinen Tod zur Folge hatte.

Es fragte sich nun, ob der Verunglückte einem Betriebsunfall erlegen wäre. Das Sächsische Landesversicherungsamt hat diese Frage bejaht. Zweifellos müsse der Hitzschlag in einem Falle wie dem vorliegenden als ein Unfall im Betriebe angesehen werden. In der Rechtsprechung des Reichsversicherungsamtes sind Hitzschläge dann als Betriebsunfälle betrachtet worden, wenn die Art oder der Ort des Betriebes wesentlich dazu beigetragen hatten, die natürliche große Hitze und deren Einwirkung auf den Körper noch zu steigern. Waren also die Umstände, unter denen sich die Betriebstätigkeit des von dem Sonnenstich Betroffenen vollzog, solche, daß sie den nachteiligen Einfluß der Hitze erheblich steigerten, so ist der Hitzschlag als durch den Betrieb verursacht anzusehen.

Diese Voraussetzung trifft im vorliegenden Falle zu. Denn durch den Aufenthalt im Freien war der Verunglückte der Hitze besonders ausgesetzt. Seine Verrichtungen nötigten ihn, in den ersten heißen Nachmittagsstunden die zum großen Teile sehr sonnige Landstraße zurückzulegen. Da nichts dafür vorliegt, daß der Verstorbene am Unfalltage krank war — das Unwohlsein gegen mittag war zweifellos bereits eine Folge der Hitzeeinwirkung —, so ist mit hoher Wahrscheinlichkeit anzunehmen, daß die durch den Aufenthalt auf der heißen Landstraße hervorgerufene Ueberanstrengung es war, die den todbringenden Unfall verursachte.

Uebrigens hat der genannte Gerichtshof in einem anderen Falle, in dem der Hitzschlag im Fabrikraume eintrat, in demselben Sinne erkannt. In jenem Falle war der Hitzschlag verursacht worden durch die große Hitze, welche mehrere mit Dampf betriebene Pressen verursachten, verbunden mit der großen natürlichen Hitze, die an jenem Tage herrschte. (Sächs. Landesversicherungsamt, 28. November 1912.)

Neues vom Tage.

Schwere Bluttat.

Stuttgart, 27. Dez. Eine schwere Bluttat, die derjenigen des Lehrers Wagner ähnelt, wurde in der Christnacht zwischen 3 und 4 Uhr in Oberstenfeld, Oberamt Marbach, verübt. Der schon seit längerer Zeit von seiner Frau getrennt lebende Wilhelm Kümmerle verletzte durch mehrere Schrotschüsse seine Frau schwer, verwundete dann seinen Schwiegervater, seinen Schwager, zwei Schwägerinnen und einige Nachbarn, die zu Hilfe eilen wollten. Im ganzen verletzte er acht Personen durch Schrotschüsse teilweise sehr schwer. Kurz bevor ihn der Landjäger verhaften wollte, tötete er sich selbst durch einen Schuß in den Kopf. Es steht noch nicht fest, ob alle die acht Personen, die sich zum Teil im Krankenhaus befinden, mit dem Leben davonkommen werden.

Scharfe Schüsse auf einen Militärposten.

Straßburg, 27. Dez. Wie aus Zabern gemeldet wird, wurde gestern abend auf einen im inneren Hofe der Schloßkaserne stehenden Posten des Wachtkommandos vom Infanterieregiment 105 zwei scharfe Schüsse von einer außen stehenden Zivilperson abgegeben, welch letztere sofort nach den Schüssen fortlief. Eine Feststellung des Täters konnte nicht erfolgen. Die Angelegenheit wurde sofort der Staatsanwaltschaft übergeben. Der Kreisdirektor hat sofort eine Belohnung von 600 Mark auf die Ergreifung des Täters ausgesetzt. Die Ermittelungen sind im Gange.

Zabern, 27. Dez. Wie sich nach der inzwischen erfolgten gerichtlichen Feststellung herausstellt, ist die Annahme eines Anschlags auf den Posten in der Kaserne durch scharfe Schüsse ausgeschlossen. Es scheint sich lediglich um einen Bubenstreich zu handeln, darauf berechnet, die Wache zu foppen. Die Belohnung von 600 Mark auf die Ermittelung des Täters wird aufrechterhalten.

Von der Spitzbergenexpedition.

Straßburg, 27. Dez. Nach einem hier bei Geheimrat Professor Dr. Hergesell am Weihnachtstag eingetroffenen Telegramm befinden sich sämtliche Mitglieder des deutschen wissenschaftlichen Observatoriums auf Spitzbergen in bester Gesundheit und Stimmung. Die Beobachtungen nahmen einen ungestörten und erfolgreichen Verlauf. Außer den luftelektrischen Arbeiten wurden zahlreiche ärologische Untersuchungen ausgeführt. Im letzten Monat wurden 25 Aufstiege mit einer Maximalhöhe von über 4000 Meter und einer mittleren Höhe von 1600 Metern unternommen; an 19 aufeinanderfolgenden Tagen gelang es, die freie Atmosphäre der Polarnacht durch Fesselballons und Drachen zu erforschen.

Zum Quartalswechsel

richten wir an die Parteigenossenschaft unserer Verbreitungsgebiete die dringende Aufforderung, die nächsten Tage zur eifrigen Agitation für unser Blatt zu verwenden.

Wir meinen, die Zeit ist wahrlich dazu angetan, die Ziele des Sozialismus in weitere Volkskreise zu bringen. Die

Zaberner Vorgänge insbesondere

haben Tausenden die Augen darüber geöffnet, daß der heutige Militarismus, dem Deutschland die Milliarden Steuergroschen opfert, dem

brutalen Faustrecht

einer veralteteten Rechtsform gleichkommt, und erneut bewiesen, wie recht der von der sozialdemokratischen Partei seit langem vertretene Grundsatz ist: diesem System keinen Mann und keinen Groschen!

Die Zaberner Uebergriffe der Militärmacht haben wieder einmal die Gefahr grell beleuchtet, die selbst den mageren bürgerlichen Rechtsgarantien von der bewaffneten Macht drohen.

Die bürgerlichen Parteien sind heute fast

ausnahmslos begeisterte Anhänger der Soldateska.

Mit jedem Jahre wird eine abermalige Vermehrung des stehenden Heeres von den konservativ-liberalen Parteien gefordert und bewilligt. Jede Vermehrung des stehenden Heeres ist unter den heutigen Zuständen gleichbedeutend mit vermehrter

Bekämpfung der Volksrechte und mit stärkerer Besteuerung des arbeitenden Volkes.

Auch die Behandlung der sozialpolitischen Fragen im Reichstage, insbesondere die Frage der

Arbeitslosenfürsorge

zeigte, daß unsere Regierung des Klassenstaates nicht im entferntesten daran denkt, die verzweifelte Notlage der unteren Volksschichten zu beheben.

Statt daß Regierung und herrschende Klassen Maßnahmen treffen, um die furchtbare Not der Massen zu lindern, hat die Hetze gegen die Arbeiter, der Schrei nach Ausnahmegesetzen erneut und mit verstärkter Wucht eingesetzt. Einzige Schützerin der arbeitenden Massen ist die

Sozialdemokratie.

Sie führt mit Schärfe und Kühnheit den Kampf, sowohl für die Rechte des Volkes, als auch für soziale Reformen und gegen die volksauswuchernde Zollpolitik. Sie verlangt, daß der Brot- und Fleischwucher beseitigt und in Staat und Gemeinde eine durchgreifende Arbeitslosenfürsorge einsetzt.

Auch die gegenwärtige **Reichs- und Landtagssession** sollte jeden denkenden Mann veranlassen, sich durch die Zeitungslektüre auf dem Laufenden zu halten. Wer heute nichts liest, bleibt zurück auf allen Gebieten.

An unsere **Parteifunktionäre und Filialinhaber** richten wir die dringende Aufforderung, die Agitation für die Presse am Orte zu organisieren. Die Mittel und Wege sind verschieden. Die Hauptsache ist, daß

etwas getan wird,

dann wird der Erfolg nicht ausbleiben.

Auf an die Arbeit!

Sturmschaden.

Berlin, 27. Dez. Ein starker Sturm, der am 1. Feiertag in Berlin und Umgebung tobte, hat mit seinen orkanartigen Stößen von ganz ungewöhnlicher Stärke vielfach großen Schaden angerichtet, es wurden Schaufensterscheiben eingedrückt, Dachziegel losgerissen und auf die Straße geschleudert. An der Ecke Friedrich- und Jägerstraße fiel ein fast 4 Meter langer Dachsims auf den Bürgersteig. Vorübergehende konnten sich nur mit knapper Not retten. In den Waldungen ist großer Windbruch eingetreten. Ferner kamen nicht weniger als 5 große Brände an beiden Feiertagen in Groß-Berlin zum Ausbruch. Die Löscharbeiten gestalteten sich zum Teil so schwierig, daß 5 Feuerwehrleute dabei zu Schaden kamen.

Sturm und Unwetter.

Königsberg i. Pr., 27. Dez. Die heftigen Regenfälle, die heute morgen plötzlich einsetzten, haben das hochgehende Pregelwasser gestaut und mit Wucht landeinwärts getrieben. Die Hochflut hat die tiefer gelegenen Straßen überschwemmt und den Verkehr unterbrochen. Die Kellerräume stehen unter Wasser. Eine Reihe von Fernsprechleitungen ist zerstört. Gegen 9 Uhr abends hat der Sturm nachgelassen, sodaß ein weiteres Steigen des Wassers nicht zu befürchten ist.

Neuyork, 27. Dez. Ein schwerer Sturm, der im Nordosten der atlantischen Küste wütet, hat großen Schaden verursacht. In Seabridge sind verschiedene Häuser durch die Sturmflut vernichtet worden. Der Materialschaden wird auf 4 Millionen Dollar geschätzt. Man nimmt an, daß auch einige Menschen dem Sturme zum Opfer gefallen sind.

Neuyork, 27. Dez. In Barnegat sind infolge einer nach heftigem Sturm eingetretenen Flutwelle zehn Personen ertrunken. In Bright und andern Küstenorten ist großer Schaden angerichtet worden, ebenso an der Küste von Long Island, wo zahlreiche Villen zerstört wurden.

Gasvergiftung.

Opladen, 27. Dez. In einem Hause der Viktoriastraße wurden ein 27jähriger Geschäftsführer, ein 25jähriger Schlosser und ein 20jähriges berufsloses Mädchen erstickt aufgefunden. In dem Hause war aus zwei Gashahnen Gas ausgeströmt. Einzelheiten sind noch nicht aufgeklärt.

Schwere Explosionsunglücke.

Neapel, 27. Dez. Aus noch unaufgeklärter Ursache hat in Torre Annunziata eine schwere Explosion in einem Fabrikgebäude stattgefunden, in dem Feuerwerkskörper hergestellt wurden. Durch den gewaltigen Luftdruck wurde das Mauerwerk des Hauses zerstört und dieses brach in sich zusammen. Der Knall der Explosion wurde weithin gehört und zahlreiche Fensterscheiben in der Nachbarschaft wurden zertrümmert. Sofort eilten von allen Seiten Helfer herbei, um die unter den Trümmern Begrabenen herauszuschaffen. Nach langen Bemühungen gelang es, 14 Personen als Leichen zu bergen. Fünf Schwerverletzte wurden ins Krankenhaus gebracht. Die Aufräumungsarbeiten sind noch nicht beendet und man weiß daher noch nicht, ob noch mehr Menschen unter den Trümmern liegen.

Mezleres, 27. Dez. In einer Fabrik in Neuzen wurden durch die Explosion einer Lötlampe zwei Arbeiter getötet, einer schwer verletzt.

Explosionsunglück.

Mezières, 27. Dez. In einer Fabrik in Nouzon wurden durch die Explosion einer Lötlampe zwei Arbeiter getötet und einer schwer verletzt.

Katastrophe bei einem Weihnachtsfest.

London, 27. Dez. Die letzten Einzelheiten über die furchtbare Katastrophe in Calmnet besagen, daß diese im ganzen 72 Todesopfer gefordert hat. Von verschiedenen Seiten wird behauptet, daß das Wort Feuer überhaupt nicht gefallen sei. Man steht vor einem Rätsel und kann es sich nicht erklären, daß sämtliche im Saale anwesenden Personen von der Halluzination derart erfaßt wurden, daß sie vollständig die Besinnung verloren und ohne auf ihre Umgebung zu achten, nach den Ausgängen drängten, sodaß viele Frauen und Kinder niedergetreten wurden. Präsident Wilson hat persönlich die Behörden beauftragt, eine strenge Untersuchung einzuleiten. Einige Personen behaupten, daß ein Mitglied der Bürgerliga, der bei dem letzten Streik der Minenarbeiter die Ordnung in den Straßen aufrecht zu erhalten hatte, sich den Haß der Minenarbeiter dadurch zugezogen habe.

London, 28. Dez. Nach dem schönen Wetter, das während der Feiertage England gehabt hat, ist jetzt Schneesturm und Kälte eingetreten. Aus den verschiedensten Teilen Englands, Irlands und besonders Schottlands werden starke Schneestürme gemeldet, die Verkehrsstörungen und sonstiges Unheil angerichtet haben.

Eisenbahnunglück.

Amsterdam, 27. Dez. Eine schwere Eisenbahnkatastrophe ereignete sich am Morgen des ersten Weihnachtsfeiertages in der Nähe von Beilen in der Provinz Groningen. Der Schnellzug Groningen—Amsterdam entgleiste in voller Fahrt. Es sind acht Tote und zahlreiche Schwerverwundete geborgen worden. Unter den Opfern befindet sich auch der Sohn des holländischen Ministerpräsidenten van der Linden. Die Persönlichkeiten verschiedener Toten konnten bisher noch nicht festgestellt werden. Ob Deutsche unter den Verunglückten sind, ist noch nicht bekannt.

Gattenmord.

Belgrad, 28. Dez. Auf dem hiesigen Hauptbahnhofe spielte sich gestern ein blutiges Drama ab. Der Sekretär des serbischen Hofmarschallamtes, Hauptmann Jovicic, hatte sich gestern nachmittag nach dem Bahnhofe begeben, um eine Auslandsreise anzutreten und seine junge Gattin gab ihm das Geleite. Am Zuge verabschiedete sich der Hauptmann von ihr und während sie ihn umarmte, stieß sie ihm ein Messer in den Hals. Jovicic sank schwer verletzt zu Boden, während die Frau verhaftet wurde. Die Gattenmörderin gehört einer sehr angesehenen Belgrader Familie an und galt als sehr exzentrisch. Es heißt, daß sie die Tat aus Eifersucht verübt hat.

Bootsunglück.

London, 27. Dez. In der Nähe der Faroer-Insel fuhren am Mittwoch drei Fischerboote mit 19 Mann Besatzung zum Fang aus; sie wurden von einem furchtbaren Sturm überrascht, gingen unter und die Besatzung fand den Tod in den Fluten.

Ein Flug übers Meer.

Cairo, 27. Dez. Der französische Flieger Vebrines verließ Beirut heute morgen 9 Uhr 20 Min. und gedenkt morgen in Cairo einzutreffen. Der französische Kreuzer „Bruix" wird den Flieger von Jaffa bis Port Said bei dem Ueberfliegen des Meeres begleiten.

Neuer Weltrekord.

Raphael, 27. Dez. Der Flieger Legagneux hat mit 6150 Metern Höhe einen neuen Weltrekord aufgestellt. Die Flugzeit betrug 1 Stunde und 35 Minuten.

Aus der Pflanzen- u. Tierwelt.

Ueber die Entstehung und Umwandlung der Pflanzenarten in der Natur sprach auf der diesjährigen Naturforscherversammlung in Wien Prof. Dr. Nathanson-Leipzig. Nach dem Vortragenden sind für die Konstanz und Veränderlichkeit natürlicher Arten geographische Momente von Bedeutung. Zwar haben in unserer Wald- und Wiesenflora in geologisch jungen Zeiten verhältnismäßig wenig Neubildungen stattgefunden, wohl aber gibt es Gebiete, in denen dies bis vor kurzem in hohem Grade der Fall war, oder noch ist, wie z. B. im vorderasiatischen Florengebiet und in den Prärien und Halbwüsten Nordamerikas. Die Züchtung der dort auftretenden Pflanzen ergab eine Nachkommenschaft, die keine reinen Typen darstellte und alle Anzeichen der Kreuzung zahlreicher und verwandter Formen aufwies. Einzelne Individuen wiesen stärker erhebliche Abänderungen auf, deren Auftreten für plötzliches Auftauchen latenter Eigenschaften sprechen. Die Unterschiede betrafen Form und Farbe der Blüten, den Bau der Blätter, ihren Schutz gegen Verdunstung und den Gesamtwuchs der Pflanze und waren oft stark ins Auge fallend, vielfach auch von zweifelloser Bedeutung für das Leben der Pflanze. Wir haben einen Akt eines natürlichen Artbildungsprozesses vor uns, der in seinen Einzelheiten der eingehenden Analyse wert ist. Die Pflanzen in den erwähnten Gebieten sind verhältnismäßig jung, denn dort hat sich erst seit der zweiten Hälfte des Tertiärs das trockene Klima herausgebildet, dem sich die eigentümlichen Pflanzenarten jener Regionen angepaßt haben. Der heutige Zustand aber hängt damit zusammen, daß spät, wahrscheinlich gleichzeitig mit den europäischen Eiszeiten, ein feuchteres Klima geherrscht hat, das dann einer unter Oszillationen fortschreitenden Austrocknung wich, ein Zustand der Veränderung, der vermutlich bis heute andauert. Alles spricht dafür, daß mit dieser Austrocknung die Umwandlung der Form Hand in Hand geht und daß ihr veränderlicher Zustand dem veränderlichen Klima entspricht.

*

Was kostet der Londoner Nebel? Nach Angaben der Coal Smoks Abatement Soiety ist die Mehrausgabe, die der Londoner Bevölkerung an nebelreichen Tagen für Beleuchtung erwächst, recht beträchtlich. So erfordert der tägliche Mehraufwand allein für Gasbeleuchtung 100 000 Mk. Die genannte Gesellschaft hat berechnet, daß z. B. auf einer Grundfläche von einer Quadratmeile der Stadt London sich jährlich 61 000 Tonnen fester, brembarer Niederschläge absetzen, die großenteils aus häuslichen Kohlenfeuerungen herrühren. Bei Gasfeuerung würden diese Verluste nicht bloß nicht eintreten, sondern es würde auch die damit verbundene Nebelbildung, unter der die Großstadtbewohner viel zu leiden haben, stark vermindert werden. Welchen Einfluß aber die Nebel auf den Gesundheitszustand der Bevölkerung ausüben, ist allgemein bekannt. In den letzten Jahren hat allerdings die Häufigkeit und die Dauer der Nebelperioden erheblich nachgelassen, ein Umstand, der wohl mit Recht auf die starke Zunahme an Gasfeuerungsanlagen zurückgeführt werden kann. So hat die Zahl der in London benutzten Heiz-, Koch- und Heißwasserapparate für Gas in den 20 Jahren von 1891 bis 1912 eine Steigerung von 46 000 auf 1 494 000 erfahren und ist im Jahre 1912 um weitere 100 000 gestiegen. Zur Beseitigung des Rauches kann dem Gase auch die Verwendung vom Koks unter gewissen Bedingungen und Umständen hilfreich zur Seite stehen. Sonst sollte zu häuslichen Zwecken stets mit Gas statt mit Koks geheizt werden. Gasheizung läßt sich jederzeit schnell und leicht in Betrieb setzen und genau regeln. Es gelingt mittels Gasfeuerung erheblich schneller einen Raum zu erwärmen, als mit Kohlenfeuerung.

Aus dem Lande.

Durlach.

* **Die Weihnachtsfeier des Arbeiterbund „Vorwärts“** am 2. Weihnachtsfeiertag war sehr gut besucht. Der große Festhallesaal war bis auf den letzten Platz besetzt. Die Feier war gleichzeitig als 10jähriges Stiftungsfest des „Vorwärts“ gedacht. Nach einem von Genossen Schucker schwungvoll gesprochenen Prolog, gab der 1. Vorsitzende Gen. Steinbrunn einen kleinen Rückblick auf die bisherigen Schicksale des Arbeiterbund „Vorwärts“, auf die Gründe, die damals zum Zusammenschluß von drei Vereinen zum Arbeiterbund geführt und auf die im Laufe der Jahre wiederholt vorgekommenen bedauerlichen Absplitterungen, die bewiesen hätten, daß der Gedanke der Zentralisation in den Arbeitersportkreisen noch nicht genügend vertieft sei. Immerhin habe sich der Arbeiterbund „Vorwärts“ in den zehn Jahren seines Bestehens gut entwickelt. Zählte er beim Zusammenschluß ca. 270 Mitglieder, so ist die Zahl jetzt auf ca. 560 gestiegen, die Sängersektion zähle ca. 120 Sänger, die Zahl der aktiven Turner betrage weit über 100 und auch die Radlersektion habe heute ca. 105 Mitglieder. Eine stattliche Zahl passiver Mitglieder unterstütze den Arbeiterbund so nachhaltig, daß seine Finanzen in bester Ordnung seien. — Das außerordentlich reichhaltige Programm wurde zum guten Teil von der Turnsektion bestritten. Da kamen zunächst Reigen der Schüler- und Schülerinnenabteilung, denen Pyramiden folgten, von der Schülerabteilung gestellt. Die Damenriege zeigte ihr Können im Barrenturnen und führte sodann einen flotten Zigeunertanz auf, entsprechend kostümiert. Die Turner selbst bewiesen durch eine gut durchgeführte Pantomime: „Turnen der Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft“, durch Vorführung „Hängender Gruppen“ und einige gut gelungene Pyramiden ihre turnerische Leistungsfähigkeit. Eine undankbare Aufgabe hatte die Sängersektion sich gestellt, indem sie versuchte, einige schwierige Chöre inmitten einer frohbewegten Schar großer und kleiner Kinder wirkungsvoll zur Geltung zu bringen. Aus der schon wiederholt gemachten Erfahrung, daß man bei derartigen Festen mit schweren Chören nicht durchdringt, sollte man endlich bei Auswahl der Liedervorträge die richtigen Konsequenzen ziehen. Sehr beifällig aufgenommen wurde auch ein flott gespieltes kleines Theaterstück sowie ein von vier Mitgliedern der Radlersektion gefahrener Reigen, der hohe Anforderungen an die Mitwirkenden stellte. Den musikalischen Teil hatte die Musikkapelle „Lyra“ übernommen. Eine kleine Gabenverlosung vervollständigte das Programm. Den Schluß der Feier bildete ein allgemeines „Tanzbeinschwingen“ mit und ohne „turnerischer Vorbildung“.

Bruchsal.

* **Es verspricht lustig zu werden!** In der Samstagnummer der beiden hiesigen Zeitungen beschäftigten sich verschiedene „Eingesandt“ mit der Bürgermeisterwahl. Vorläufig ist es nur ein Tanz der Katzen um den heißen Brei. Das Zentrum erklärt mit Forschheit, „sein“ Mann sei Dr. Meister und dieser werde gewählt. Das hindert aber nicht, daß man es allgemein als unbegreiflich findet, wie diese Partei sich auf solch einen Standpunkt stellen kann, da dieser Kandidat noch nicht einmal den Anforderungen des Ausschreibens entspricht. Aber auch in sonstiger Beziehung soll vieles im argen liegen, trotz Doktortitel. Die vereinigten Liberalen werden heute abend eine Versammlung in der „Fortuna“ abhalten, die sich mit der Bürgermeisterwahl beschäftigt. Verschiedene interessante Mitteilungen dürften hierbei gemacht werden. Wir haben ja, wie wir schon früher berichtet haben, keine Vertretung in der Kommission. Wir werden diesen Schmerz zu tragen wissen, die Herren um Federbusch, Duttenhofer und Genossen werden auch noch ihr blaues Wunder erleben.

Ettlingen.

r. **Die Weihnachtsfeier des Arbeitergesangvereins „Eintracht“** fand am 1. Feiertage im vollbesetzten Lokale der Gambrinushalle (Rest. Traut) statt. Unter der tüchtigen, jahrelangen Direktion des Herrn Konzertmeisters Willy Eiffler aus Karlsruhe wurden Chöre und Lieder in vollendeter Formschönheit vorgetragen. Eine weihevolle Stimmung legte sich in den Saal bei dem Vortrag aus Beethovens „Hymne an die Nacht“. Nicht minder klang der am Schluß vorgetragene Freiheitschor „Tord Foleson“. Reicher Beifall seitens der zahlreich Erschienenen lohnte Dirigent und Sänger. Die Regie der Veranstaltung selbst lag in den Händen des Gen. H. Preißig. Gen. H. Preißig gab mit seinem selbstverfaßten humoristischen „Weihnachtsgruß“ in „Ettlinger Mundart“ die eigentliche Stimmung. Doch zweifellos bildete sein ebenfalls selbstverfaßter Vortrag über die „Ettlinger Bürgermeisterwahl“ den Glanzpunkt. Stürmischer Beifall lohnte den sich fleißig in den Dienst der Arbeiterfeste stellenden Genossen. Ihm sei noch besonders der Dank ausgesprochen. Der Gabentempel brachte nur nützliches, da sich die Vereinsleitung vom praktischen Standpunkt des Arbeiterhaushaltes leiten ließ. Mit berechtigtem Stolze kann der Verein auf seine diesjährige Weihnachtsfeier zurückblicken.

Rastatt.

— **Vom Pferde geschlagen.** Als der Taglöhner Armbruster sein Pferd fütterte, schlug dieses aus und traf den Mann in die Seite, wodurch er schwere innere Verletzungen erlitt, an denen er im Krankenhaus gestorben ist. Der Verunglückte hinterläßt eine zahlreiche Familie.

Baden-Baden.

— **Neues Krankenhaus.** Die Stadt beabsichtigt die Errichtung eines neuen Krankenhauses mit einem Aufwand von 1 593 000 Mk. Das vor etwa 70 Jahren erbaute alte Krankenhaus genügt den heutigen Anforderungen nicht mehr; das neue soll an den Hängen des Hardberges errichtet werden. Die Lage des neuen Krankenhauses ist recht glücklich gewählt. Nach einem Voranschlag des städtischen Hochbauamts soll das derzeitige Krankenhaus in ein Mädchenvolksschulhaus umgewandelt werden.

Offenburg.

— **Zentrumsversammlung.** Mit einer gutbesuchten Versammlung, der auch viele Gegner beiwohnten, wurde vom Zentrum gestern der Wahlkampf eröffnet. Man hatte, um ja eine „imposante“ Versammlung zu erhalten, auch die Zentrumsanhänger der Umgebung zusammengetrommelt. Nach einleitenden Begrüßungsworten und Wahl des Vorsitzenden bestieg der Kandidat Professor Wirth das Podium, um in zweistündigem Vortrag, so ganz nach der beim Zentrum gewohnten Methode, die Volksseele ins Kochen zu bringen. Alles mögliche, die Vergewaltigung des Zentrums, die religiöse „Unterdrückung“, die konfessionelle Hetze mußten herhalten, um dem „Volke“ zu zeigen, wie arg verfolgt das arme Zentrum ist. Von der Zentrumspolitik im Reichstag bekam man herzlich wenig zu hören. Diese Politik ist eben nicht einwandfrei, schon oft haben die großen Herren der Zentrumspartei, Kohlenbarone, Grafen, Fürsten und Herzöge die, um mit Herrn Wirth zu reden, genau so ihre kapitalistische Macht in ihrer Partei zur Geltung bringen, wie die Kapitalisten im französischen Parlament, die Interessen des Volkes mit Füßen getreten. Hier hätte man nicht auf Frankreich verweisen brauchen. Interessant war auch die Aeußerung, daß derjenige, der die konfessionelle Hetze betreibe, ein Verbrechen am Volke begehen. Ganz unsere Meinung; wer betreibt aber den meisten Mißbrauch auf diesem Gebiete: das Zentrum, da mißbraucht man eben die Religion zu Wahlzwecken, sonst würden die Wähler scharenweise davonlaufen. Die religiöse Freiheit ist nicht in Gefahr, das weiß auch Herr Dr. Wirth, aber man muß doch etwas haben, um Wahlgeschäfte zu machen. Die Liberalen kamen ziemlich schlecht weg. Herr Wirth erntete lebhaften Beifall. In seinem Schlußwort betonte der Vorsitzende, nachdem er den Kandidaten über den Schellenkönig gelobt hatte, daß der Wahlkreis unbedingt im ersten Wahlgang dem Zentrum erobert werden müßte. Der rote Tolken von 1912 müsse dem schwarzen weichen.

L. **Die Steuerkapitalien,** welche gemeindeumlagepflichtig sind, haben sich nach dem Bericht für 1912 vermehrt:

Steuerwerte	1911 M	1912 M	Zugang M	%
Liegenschaften . .	50 202 560	50 621 200	418 640	0,83
Betriebsvermögen	21 993 900	23 060 100	1 066 200	4,85
Kapitalvermögen .	28 157 800	29 316 700	1 158 900	4,11
Einkommen . . .	205 801	209 326	3 525	1,71

L. **Die Gebäude der Stadt Offenburg** waren bei der staatlichen Gebäudeversicherung versichert:

Anfangs 1912 . .	5060	Gebäude im Anschlag von			M 41 218 500
Abgang 1912 . .	125	„	„	„	„ 1 418 000
Rest	4935	„	„	„	M 39 800 500
Zugang 1912 . .	196	„	„	„	„ 2 746 900
Stand Ende 1912	5131	„	„	„	M 42 547 400

Man sieht, daß trotz der sehr gedrückten Geschäftslage die Bautätigkeit zwar sehr spärlich, aber doch einigermaßen sich entwickelt hat.

L. **Der Stadthaushalt für 1912** ist nun im Druck erschienen. Derselbe umfaßt 86 Folioseiten und bringt eine Fülle statistischen Materials, außer den eigentlichen Rechnungen und ein Vorwort. Das Gesamtvermögen der Stadt betrug Ende 1912 rund 11 771 773 Mk., die Schulden 7 242 365 Mk. Es verbleibt also ein reines Vermögen von rund 4 529 408 Mk. Das Grundstocksvermögen der Stadt betrug 11 189 861 Mk., die Grundstocksschulden 7 230 187 Mk. An dem über 11¾ Millionen betragenden Vermögen der Stadt sind die einzelnen Werke und Anstalten folgendermaßen beteiligt: Die Stadtkasse selbst mit rund 11 199 401 Mk. Vermögen und 7 113 718 Mk. Schulden, die Oberrealschulkasse mit 34 437 Mk. Vermögen, die Höhere Mädchenschulkasse mit 21 207 Mk., die Gewerbeschulkasse mit 16 377 Mark, die Handelsschulkasse mit 5415 Mk., ferner das Wasserwerk mit 35 318 Mk., das Gaswerk mit 98 726 Mk. Vermögen und 753 Mk. Schulden, das Elektrizitätswerk mit 107 153 Mk., der Schlachthof mit 17 261 Mk., die Garnisonsbaukasse mit 45 689 Mark, die Unterstützungskasse für die Angestellten und Arbeiter mit 12 081 Mk., die Arbeiterbaukasse mit 125 474 Mk. Vermögen und 125 279 Mk. Schulden, ferner die Krankenhausneubaukasse mit 3908 Mk. Vermögen und die Krankenhauskasse mit 45 713 Mk. Vermögen und 2046 Mk. Schulden, endlich die Armenkasse 3604 Mk. Vermögen und 489 Mk. Schulden.

Die Armenkasse hatte eine Gesamtausgabe von 79 918 Mark. Hiervon trug die St. Andreasstiftung 27 000 Mk., der Waisenhausfonds 2000 Mk., die Stadtkasse 28 106 Mk., der Rest von rund 617 Mk. wurde aus sonstigen Einnahmen gedeckt. Die Stadtkasse hatte gegenüber 1911 rund 1065 Mk. weniger zu leisten. Von den Ausgabeposten für die Armen treffen auf die Verpflegung armer Kinder 4634 Mk., auf Schulbedürfnisse 1554 Mk., auf Verpflegung Ortsarmer in Anstalten 10 430 Mk., auf Geldunterstützungen 7741 Mk., auf Brotlieferung 1712, auf Milchlieferung 7817 Mk., auf Kleidungsstücke 1418 Mk., auf Mietzinsunterstützung 13 594 Mk., auf Brennmaterial 1879 Mark, auf Krankheits- und Beerdigungskosten 5400 Mk. und auf Hauspflege und Sonstiges 1121 Mk. Man sieht, daß die Stadt nicht kargt, wenn es gilt, die Armen zu stützen und trotzdem sind noch eine große Menge Leute vorhanden, die leer ausgehen, weil sie sich nicht melden, aber dennoch ebenso hilfsbedürftig wären. Die Arbeits- und Verdienstlosigkeit gehört aber auf einem anden Gebiet geregelt, sodaß diese Aufwendungen nicht im Armenbudget erscheinen. Bis jetzt wurde dies ja auch durch Notstandsarbeiten so ziemlich erreicht. Ob es aber bei der sehr fühlbaren Geschäftsflaue auch fernerhin möglich sein wird, ist sehr fraglich.

---

* **Gaggenau,** 26. Dez. Laut „Rastatter Tageblatt“ beabsichtigen die Benzwerke Gaggenau, im allgemeinen Verkehrsinteresse einen Autoverkehr von Gernsbach über Gaggenau nach Oos einzurichten. Mit Rücksicht auf die besonders für die Reisenden aus dem Murgtal zeitweise ungünstigen Anschlüsse in Rastatt und mit Rücksicht darauf, daß die wiederholten Bittgesuche bei der Generaldirektion kein Gehör fanden, soll durch diese neue Autolinie den Reisenden Gelegenheit geboten sein, die Anschlüsse an die Schnellzüge in Oos zu gewinnen. Aber auch den Anwohnern der umliegenden Orte wird die neue Verbindung Vorteile bringen, da ganz besonere Rücksicht auf die lokalen Bedürfnisse der Bewohner genommen und die Fahrzeit so gelegt wird, daß viele das Auto als Verkehrsmittel zur Arbeitsstätte benutzen können.

* **Heidelberg,** 26. Dez. Die Anlagen und sämtlichen Bauten des neuen Güterbahnhofs sind nunmehr im wesentlichen fertig gestellt und einige Firmen setzen ihre Lagerplätze an dem neuen Bahnhof bereits instand. Es bedarf nur noch der Vollendung einiger technischer Einrichtungen, um den Güterbahnhof betriebsfähig machen zu können.

* **Mannheim,** 27. Dez. Die Mutter des nach Unterschlagung von 100 000 Mk. flüchtig gegangenen und in München verhafteten Kaufmanns Alfred Glaser, die Inhaberin der Firma Glaser ist, hat den Konkurs angemeldet.

* **Mannheim,** 27. Dez. Die 44 Jahre alte Wirtin Frida Kunz, Schwetzingerstraße 109, fiel in der Nacht zum ersten Feiertag, als sie um die Feierabendstunde ihre Wohnung aufsuchte, die Treppe hinab und erlitt einen Schädelbruch. Da ihr Zustand immer bedenklicher wurde, überführte man sie gestern ins Krankenhaus, wo sie bald darauf ihren schweren Verletzungen erlegen ist. — In Rheinau verübte Mittwoch vormittag der 40 Jahre alte Taglöhner Adam Ruf Selbstmord durch Erhängen. Er wollte in Kürze eine Witwe heiraten, die zu diesem Zwecke die Wohnungseinrichtung angeschafft hatte. Ruf glaubte, Grund zur Eifersucht zu haben, er drang Mittwoch früh in Abwesenheit der Witwe in deren Wohnung ein, zertrümmerte sämtliche Möbel und erhängte sich dann in seiner Wohnung.

* **Herbolzheim,** 27. Dez. Hier wurde der von der Staatsanwaltschaft Offenburg wegen Betrügereien und Unterschlagung steckbrieflich verfolgte Reisende Karl B. aus Brooklyn verhaftet und in das Kenzinger Amtsgefängnis eingeliefert.

* **Rötenbach,** A. Neustadt, 28. Dez. Das zweijährige Töchterchen des Schmiedmeisters Fehrenbach verwickelte sich beim Spielen so unglücklich mit einer am Kinderwagen befestigten Schnur, daß das Kind den Erstickungstod erlitt.

* **Schwanheim,** 27. Dez. In der Weihnachtsnacht beging der Schwanenwirt Adam Herbold dadurch Selbstmord, daß er sich mit einem Rasiermesser die Kehle durchschnitt. Der Grund zur Tat dürfte darin zu suchen sein, daß Herbolds Frau seit Jahren schwer krank ist, wodurch das Geschäft immer mehr zurückging; in Verzweiflung darüber, hat der Mann dann den Selbstmord verübt. Er hinterläßt außer seiner Frau einige zum Teil noch kleine Kinder.

Aus der Stadt.

* **Karlsruhe,** 29. Dezember.

* **Straßenbahn Durlach.** Man schreibt uns: Gegenüber der Mitteilung, daß der Betrieb der Straßenbahn durch Durlach vorerst nicht aufgenommen werden kann, weil die Stadt Durlach die Verhältnisse ihres Industriegleises bis heute nicht geregelt hat, erklärte der Bürgermeister von Durlach im dortigen Bürgerausschuß und in Zuschriften an die hiesigen Blätter, das bestehende Industriegleis gehöre nicht der Stadt Durlach, sondern der gr. Eisenbahnverwaltung, die Stadt Durlach habe daher mit der Angelegenheit nichts zu tun. Nun mag es richtig sein, daß das zurzeit als „Industriegleis“ benützte Gleis der Staatsbahn, welches zu den Gleisanlagen des alten Durlacher Bahnhofs gehört, noch im Eigentum der Staatsbahn steht. Dieses Gleis an sich bildet aber keineswegs das Hindernis für die Durchführung der Straßenbahn. Die Stadt Durlach projektiert vielmehr schon längere Zeit die Erstellung eines neuen städtischen Industriegleises, das einige Meter von dem bestehenden entfernt angelegt werden und das letztere ersetzen soll. Nach den bisherigen Verhandlungen mit der Stadt Durlach und der Staatsbahnverwaltung mußte das städtische Straßenbahnamt annehmen, daß im Zeitpunkt der Durchführung der städtischen Straßenbahn das alte (eisenbahneigene) Gleis beseitigt und das neue (städt.) Gleis gelegt, also dieses von der Straßenbahn zu kreuzen sein würde. Für diese Kreuzung des neuen städtischen Gleises wurde daher das nötige Material rechtzeitig bestellt und die Gnehmigung der Aufsichtsbehörde erteilt. Jetzt aber, wo die Kreuzung eingebaut werden soll, fehlt das neue Gleis der Stadt Durlach noch völlig und es wird nach den jetzigen Angaben von Durlacher Behörden immer noch einige Monate dauern, bis das neue Gleis erstellt wird. Für die Kreuzung des alten Gleises aber paßt das bestellte und vorhandene Material nicht; es liegt zudem höher als das Straßenbahngleis und müßte deshalb zunächst verlegt werden; dadurch erwachsen unvorhergesehene Mehrkosten, die die Stadt Durlach zu übernehmen sich weigert. Hiernach trifft die Mitteilung des Karlsruher Rathauses, daß die Stadt Durlach die Verhältnisse ihres (d. h. des von ihr projektierten) Industriegleises bis heute nicht geregelt hat und dadurch sich die Eröffnung des Betriebs verzögert, buchstäblich zu, dagegen verschweigen die Mitteilungen der Durlacher Gemeindeverwaltung gerade die entscheidenden Tatsachen in sehr auffallender Weise.

(Wir meinen, mag recht haben, wer will, sehr erbaulich für die Oeffentlichkeit ist die Katzbalgerei zwischen den beiden Städten Karlsruhe und Durlach nun gerade nicht. Nachdem bisher alles in bestem Einvernehmen zwischen beiden Stadtverwaltungen geregelt worden war, meinen wir, hätte es auch in dieser Frage gelingen müssen, sich gütlich zu einigen, ohne in der Presse sich gegenseitig erst herumzuzanken. Die Redaktion.)

Geschichte des Sozialismus.

Heute abend ½9 Uhr, pünktlich, werden die Vortragskurse des Gen. Trinks über „Geschichte des Sozialismus“ fortgesetzt. Gen. Trinks kommt nun in seinen Vorträgen auf die Geschichte der Bewegung in der neueren Zeit, Ende des vorletzten und Anfang des letzten Jahrhunderts mit ihren einschneidenden und gewaltigen Umwälzungen zu sprechen. Die Vorträge dürften also nun besonders interessant werden. Auch den Genossen, die den bisherigen Vorträgen nicht beiwohnten, kann der Besuch nur empfohlen werden.

Freie Turnerschaft Rüppurr. Nächsten Mittwoch, 31. Dez. abends 7 Uhr, veranstaltet die Freie Turnerschaft Rüppurr im Bahnhofhotel ihre diesjährige Silvesterfeier verbunden mit turnerischen und theatralischen Vorführungen, worauf die Arbeiterschaft ganz besonders aufmerksam gemacht sei. Es ist auch diesmal auf ein auserlesenes Programm Wert gelegt worden, so daß den Besuchern ein genußreicher Abend bevorsteht. Es sei auch nochmals darauf hingewiesen, daß laut Verwaltungsbeschluß jedes neu beitretende Mitglied bis zum 1. Januar 1914 von der Aufnahmegebühr befreit ist. Auch auf die bereits bestehende Altersriege und Schülerabteilung sei aufmerksam gemacht, es ist somit jedem einzelnen, ob jung oder alt, Gelegenheit geboten, die dem Körper und Geist gleich wohltuenden und anregenden Leibesübungen in den Turnstunden der Freien Turnerschaft zu pflegen.

* **Sturm.** Einen recht unfreundlichen Abschied nahm der letzte Sonntag das alten Jahres. Zuerst den ganzen Tag ein Dauerregen, der den „herrlichsten“ Sommertagen dieses Jahres in nichts nachstand und gegen Abend ein Sturmwetter, wie wir es selten hier zu verzeichnen haben. Es war gefährlich auf den Straßen zu gehen; war es schon kaum möglich, gegen den Wind vorwärts zu kommen, so war es auf den Gehwegen geradezu lebensgefährlich zu gehen. Allenthalben flogen Ziegel von den Dächern, Glasscheiben herunter. Der Polizeibericht meldet über den angerichteten Schaden: Infolge des Sturmes wurden gestern abend gegen 6 Uhr in der Rintheimer-, Gerwig-, Veilchen-, Karl-, neuen Bahnhof-, Südend-, Garten-, Ritter-, Haizingerstraße und am Platze der alten Dragonerkaserne die Umfriedigungen umgerissen. Außerdem wurden von einem Hause der Klauprechtstraße der Rauchfänger und an einem Hause der Karlstraße ein etwa 15 Pfund schwerer Stein heruntergeworfen und am Hause Kaiserstraße 85 eine Schaufensterscheibe zertrümmert. Ferner entwurzelte der Sturm in der Hardt-, Veilchen-, Karlstraße, im Tiergartenweg und Sallenwäldchen, in der Herz- und Westendstraße Bäume und warf sie teilweise über die Straßen, von wo sie durch die Feuerwache entfernt werden mußten. Ecke Westend- und Moltkestraße zerstörte ein fallender Baum die Oberleitung der elektrischen Straßenbahn, wodurch der Betrieb der Straßenbahn auf der Linie Krankenhaus—Mühlburger Tor gestört wurde.

* **Teufelskracher.** In der letzten Zeit brennt die hiesige Schuljugend vielfach Teufelskracher, sogen. „Kracherle“ auf den Straßen ab; dies bietet sowohl für den Geruch wie das Gehör eine Belästigung, abgesehen davon, daß diese Spielzeuge noch andere Gefahren in sich schließen. Da die Teufelskracher als Feuerwerk zu betrachten sind, wird darauf hingewiesen, daß das Abbrennen der Kracher auf den Straßen gemäß § 367 Z. 5 und § 368 Z. 7 R.St.G.B. bestraft wird.

* **Kellerbrand.** Am 25. ds. Mts. mittags ist in dem Keller eines Hauses in der Sternstraße auf noch nicht aufgeklärte Weise Feuer ausgebrochen, das durch die Hausbewohner bereits wieder gelöscht war, als die herbeigerufene Feuerwache eintraf. Ein Schaden ist durch das Feuer nicht verursacht worden.

* **Diebstahl.** Einer in der Lachnerstraße hier wohnhaften Sängerin ist am 24. ds. Mts. auf der Fahrt in der elektrischen Straßenbahn vom Hauptbahnhof nach dem Durlachertor eine Handtasche mit 116 Mk. Inhalt, einer goldenen Uhrkette im Wert von 20 Mk. und einer Schildplatthalskette im Wert von 20 Mk. auf nicht aufgeklärte Weise abhanden gekommen.

Veranstaltungen.

Zentralverband der Handlungsgehilfen. Anstelle des auf Dienstag abend festgesetzten Unterhaltungsabends findet am Mittwoch, Silvester, ein gemütlicher Abend statt. Die Kollegen und Kolleginnen sind zu zahlreichem Erscheinen eingeladen, es ist für allerlei ernste und heitere Unterhaltung gesorgt.

Der Zentralverband der Bäcker und Konditoren veranstaltete am ersten Weihnachtsfeiertag im Saale des „Gold. Kopf" eine Weihnachtsfeier, verbunden mit Konzert, Gesangs- und humoristischen Vorträgen. Zur Einleitung sprach Herm. Schwan einen eindrucksvollen Prolog, der lebhaften Beifall erntete. Den gesanglichen Teil hatte der Arbeitergesangverein Freiheit Beiertheim übernommen. Herr Arbeitersekretär Hipp hielt die Festrede. Den humoristischen Teil des Programms füllte Herr Eder aus, der durch seine vorzügliche Mimik und Vortragsweise wahre Lachsalven hervorrief. Den Schluß bildete ein Festball, der alle Teilnehmer in fröhlicher Stimmung noch lange zusammenhielt. n.

Die Freie Turnerschaft Karlsruhe veranstaltete am ersten Weihnachtsfeiertag im „Kühlen Krug" ihre diesjährige Weihnachtsfeier. Wie alljährlich, so erfreute sich auch in diesem Jahre die Feier einer regen Beteiligung von allen Seiten der Arbeiterschaft. Es ist ein gutes Zeichen dafür, wie man in den Arbeiterkreisen die Arbeiterturnsache immer mehr zu würdigen versteht. Die Schülerfeier am Nachmittag zeigte schon jedem Vater aufs schönste, wie seine Kinder in der Freien Turnerschaft aufgehoben sind. Abwechslungsreich, begeisternd, wirkte auf die Festteilnehmer das Turnen der Kleinen, wie auch die Gesangsvorträge der Knaben. Eine Bescherung der Kleinen hob die Weihnachtsfreude der Eltern und Kinder. — Abends 7 Uhr begann die Vereins-Weihnachtsfeier, bei der neben turnerischen Aufführungen der Gesangverein Bruderbund (Männner- und Gemischter Chor) in bekannt guter Weise einige Chöre zum Vortrag brachte. w.

* **Residenztheater.** Das gegenwärtige Programm enthält ein großes Seemanns-Drama in 3 Akten „Das Opfer" mit der beliebten Film-Diva Henny Porten in der Hauptrolle. Für diesen Film hatte sich die Direktion das Allein-Erstaufführungsrecht für Karlsruhe erworben. Aber auch die übrigen Vorführungen sind Neuerscheinungen auf dem Gebiete der Filmkunst.

* **Fußballsport.** Für den 2. Weihnachtsfeiertag hatte der Karlsruher F.-V. den Fußballklub Basel auf seinen Platz verpflichtet. Das Spiel litt jedoch sehr unter den schlechten Platzverhältnissen. Die Baseler konnten das Spiel mit 7 : 4 Toren für sich entscheiden. — „Phönix" weilte über die Feiertage im Rheinland. Während das Spiel des ersten Tages in München-Gladbach mit 3 : 4 Toren verloren ging, konnte die Mannschaft am zweiten Tage in Duisburg mit 3 : 0 Toren gewinnen.

Letzte Nachrichten.

Zur Zaberner Affäre.

Berlin, 27. Dez. Wie der Straßburger Korrespondent des „B. T." von maßgebender Stelle erfährt, ist die Untersuchung gegen den Oberst von Reutter noch nicht abgeschlossen, sodaß es noch sehr unbestimmt ist, ob die Verhandlung am 5. Januar stattfindet. Wahrscheinlich wird der Prozeß einen großen Umfang annehmen, da etwa 70 Zeugen geladen werden. Gegen den Leutnant Schadt, der die Truppen auf die Bevölkerung zielen ließ, ist ebenfalls ein Verfahren eingeleitet worden. Es ist aber noch ungewiß, ob gegen ihn gleichzeitig mit dem Obersten verhandelt wird. Die Verhandlung vor dem Oberkriegsgericht gegen den Leutnant v. Forstner findet in der zweiten Hälfte des Januar hier statt. Da in der Gerichtsverhandlung gegen Forstner festgestellt wurde, daß die Soldaten beim Durchmarsch durch Dettweiler ein nicht wiederzugebendes zotiges Lied gesungen haben, hat der kommandierende General von Deimling durch Korpsbefehl daran erinnert, daß der Kaiser solche Lieder beim Militär nicht gern sieht und daß ein Verzeichnis der gestatteten Lieder existiert. Daß das 167. Infanterieregiment aus Kassel mit dem 99. Regiment die Garnison tauscht, steht fest, der Zeitpunkt der Uebersiedelung ist aber noch unbekannt.

Straßburg, 29. Dez. Die gerichtliche Verhandlung gegen den Obersten von Reuter und den Leutnant Schad ist nunmehr auf den 5. Januar, vormittags 9 Uhr, festgesetzt. Die Vertaidigung der beiden Angeklagten hat der Straßburger Rechtsanwalt Dr. Großart übernommen.

Zabern, 28. Dez. Mit Bezug auf den neuesten bekannten Zwischenfall nimmt man jetzt allgemein an, daß es sich nicht um einen Anschlag auf einen Militärposten im Hofe der Schloßkaserne, sondern lediglich um ein Bubenstückchen ohne bestimmte Absicht gehandelt habe. Leute, die am Kanal zm Hause sind, wollen gesehen haben, wie um die kritische Zeit dort zwei junge Burschen mit Feuerwerkskörpern, sogenannten Fröschen, hantierten. Ein definitives Ergebnis der Untersuchung liegt noch nicht vor.

Die Arbeitslosigkeit in Berlin.

Berlin, 28. Dez. Im November haben nach einer Zählung der Gewerkschaften Groß-Berlins rund 25 000 Arbeiter keine Arbeit. Die Zahl ist im Dezember auf 30 000 gestiegen. Bei den Arbeitsnachweisen kam es zu unliebsamen Auftritten. Besonders der Andrang aus der Holzindustrie war außerordentlich stark. Am vergangenen Montag meldeten sich allein über 1300 neue Holzarbeiter. Die Zahl der arbeitslosen Tischler ist auf über 6000 gestiegen.

Landtagsersatzwahl in Sachsen.

Dresden, 27. Dez. Für den verstorbenen sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten Rien ist die Neuwahl im Kreise Großschönau-Ebersbach auf den 26. Februar festgesetzt worden. Rien ist in der Stichwahl mit Unterstützung der Fortschrittlichen Volkspartei gewählt worden.

Setzerstreik.

Graz, 27. Dez. Am Montag beginnt in Graz und in der ganzen Steiermark der Setzerstreik. Alle bürgerlichen Zeitungen stellen ihr Erscheinen ein.

Vom kroatischen Landtag.

Agram, 27. Dez. Unter Entfaltung des üblichen Gepräges wurde heute der neugewählte Landtag mittels kgl. Reskripts durch den Banus, Baron Skerlecz, eröffnet. Nach den Eröffnungsformalitäten kam es zu stürmischen Szenen. Der Alterspräsident Mileusnicz (oppositionell) beraumte die nächste Sitzung für Montag an. Die Majorität wünschte dagegen, daß heute nachmittag eine neue Sitzung stattfinde zum Zwecke der Wahl des Präsidenten. Als Mileusnicz die Anberaumung der nächsten Sitzung für Montag erneut verkündete, rief die Majorität: „Gehen Sie von der Präsidentenestrade, dorthin gehört Tuskau!" Hierauf verließ Mileusnicz seinen Platz, den der Regierungsparteiler Tuskau, der der zweitälteste der Landtagsmitglieder ist, bestieg. Tuskau verkündete dann, daß die nächste Sitzung heute nachmittag 2 Uhr stattfinden solle. Zwei Oppositionelle stürzten sich auf Tuskau und wollten ihm den Stuhl wegziehen. Die Regierungsparteiler suchten Tuskau zu schützen. Es kam zum Handgemenge und Tumult. Plötzlich erschien Mileusnicz wieder auf der Tribüne und erklärte, es bleibe dabei, daß die nächste Sitzung am Montag stattfinde. Unter Protestrufen der Rechten und unter Lärm wurde die Sitzung geschlossen.

Verschwörung gegen Konig Ferdinand.

London, 27. Dez. Wie dem „Daily Telegraph" gemeldet wird, hat das bulgarische Kabinet dem König Ferdinand den Rat erteilt, Sofia für einige Zeit zu verlassen, da die Polizei eine Verschwörung gegen den König entdeckt habe. Die Garnison von Varna verweigerte gestern den Gehorsam.

Politische Demonstrationen.

Belgrad, 27. Dez. „Politica" meldet, vor dem Regierungsgebäude haben gestern große Demonstrationen stattgefunden, die sich gegen das Kabinett richteten. Die Menschenmenge, die sich auf den Straßen ansammelte, wuchs immer mehr an, sodaß, um die Straßen zu säubern, Militär requiriert werden mußte. Es geht das Gerücht, daß die Soldaten den Gehorsam verweigert hätten.

Briefkasten des Arbeiter-Sekretariats.

Nr. 101. Sie haben keinen Anspruch mehr auf das Hebammengeld. Sie hätten sich dasselbe aber dadurch sichern können, wenn Sie nach Austritt aus der Beschäftigung die Mitgliedschaft freiwillige fortgesetzt hätten. Jetzt ist aber nichts mehr zu machen.

Verantwortlich: Für den politischen Teil, Partei, Letzte Nachrichten, Gewerkschaftliches und Soziales: **Hermann Kadel**; für den übrigen Inhalt: **Hermann Winter**; für die Inserate: **Gustav Krüger**, alle in Karlsruhe, Luisenstraße 24.

Vereinsanzeiger.

Karlsruhe. (Steinarbeiterverband.) Montag, 29. Dezember, abends halb 6 Uhr, Mitgliederversammlung. 6281

Bruchsal. („Harmonie.") Am Neujahrstage abends 8 Uhr Zusammenkunft im „Krokodil". Keine Sängerin und kein Sänger darf fehlen. 6282 Der Vorstand.

Wasserstand des Rheins.

29. Dezember.

Schusterinsel 1.30 m, gest. 5 cm, **Kehl** 2.31 m, gest. 13 cm **Maxau** 4.17 m, gest. 39 cm, **Mannheim** 3.54 m, gest. 61 cm.

B. Odenheimer Karlsruhe Dampf-Obstbrennerei und Likörfabrik Degenfeldstr. 4. Tel. 1216.
Kirschwasser, Zwetschgenwasser Cognac, Punsch-Essenzen, Rum feine Liköre. 6076.7

Residenz-Theater KARLSRUHE Waldstr. 30
Montag, 29. und Dienstag, 30. Dezember 1913.
Allein-Erstaufführungsrecht für Karlsruhe!
Das Opfer. 6285
Grosses Seemanns-Drama in 3 Akten mit der beliebten Film-Diva
Henny Porten
in der Hauptrolle
Musikalische Illustrierung
sowie noch einige prachtvolle
Natur-Aufnahmen, Aktualitäten und Humoresken.

Gesangverein „Lassallia" Karlsruhe.
Am Neujahrstage findet im Großen Saale des „Kühlen Krug"
Unterhaltungsabend
statt. Mitwirkende sind die Freie Turnerschaft und Humorist Eugen Müller.
Anfang der Feier 5 Uhr.
Nach Schluß des Programms Tanz.
Dem Unterhaltungsabend geht die Kinderbescherung des Vereins voraus. Dieselbe beginnt präzis halb 3 Uhr und bitten wir die Eltern, dafür Sorge tragen zu wollen, daß die Kinder, die eingezeichnet sind, auch zur festgesetzten Zeit anwesend sind.
Zu obigen Veranstaltungen sind die Mitglieder, Freunde und Gönner des Vereins freundlichst eingeladen. 6288
Der Vorstand.

Freie Turnerschaft Rüppurr.
Mittwoch, den 31. Dezember, abends 7 Uhr, im „Bahnhofhotel" 6287
Sylvester-Feier
bestehend in turnerischen und theatralischen Aufführungen.
Wir laden zu dieser Veranstaltung, bei welcher ein nur auserlesenes Programm zur Vorführung gebracht wird, unsere verehrl. Mitglieder sowie die werten Gönner unserer Sache höfl. ein.
Der Vorstand.
Bemerken möchten wir noch, daß bis zum 1. Januar 1914 Neueintretende vom Eintrittsgeld befreit sind.
Die Generalversammlung findet am 11. Januar im Vereinslokal statt. Anträge sind bis längstens am Vorabend der Generalversammlung an den Vorstand einzureichen. D. O.

Vergebung von Abbrucharbeiten.
Die Gebäude des
Mühlburgertor-Bahnhofs
sollen auf Abbruch verkauft werden.
Bedingungen hierzu werden beim städt. Hochbauamt, Zähringerstraße 96, Zimmer Nr. 192, abgegeben.
Angebote sind mit entsprechender Aufschrift versehen, bis **Freitag, den 9. Januar 1914, vormittags 9 Uhr,** daselbst einzureichen. 6276
Karlsruhe, den 27. Dezember 1913.
Städt. Hochbauamt.

Habe noch ca. 100 Flaschen
Litöre und Punsche
die ich, um noch vor Neujahr damit zu räumen, die
große 1/1 Flasche zu Mk. 1.—,
kleine 1/2 Flasche zu Mk. 0.50
verkaufe. 6283
Von der prima Qualität kann sich jeder beim Einkauf durch Proben überzeugen.
D. Gutmann, Rudolfstraße 12.

Die billigste Quelle
in getragenen Anzügen, Schuhe, Ueberzieher v. 4 M an, Ulster 2c. sowie beste Gelegenheitskäufe in Schuhwaren findet man in dem An- und Verkaufs-Geschäft von
Arnold Schap, 5416
Zähringerstraße Nr. 38.

Wer verkauft sein Haus
event. mit Geschäft od. sonstig. Objekt hier od. Umgeg.? Off. erbeten unter H. 6918 an Invalidendank Karlsruhe. 6266

Guterhaltene, gebrauchte
Möbel:
2 Paar Betten, mit hoh. Haupt, halbfz. u. andere Betten, 10 Stück ein- und zweitür. Schränke und Chiffonniere, Waschkommoden, mit und ohne Marmor und Spiegelaufsatz, Nachttische, 15 verschied. Tische, Stühle, Bilder, Spiegel, 2 Diwane, 1 ältere Chaiselongue, 1 Schreibtisch, 1 eis. Kinderbett, Federbetten und sonstige Möbel aller Art werden sehr preiswert verkauft 6284
D. Gutmann, Rudolfstraße 12.

Zuschneide-Schule
des deutschen Zuschneider-Verbandes E. V.
Königstrasse 43A **Stuttgart** Königstrasse 43A
Grosser Erfolg. Preisgekrönt.
Beginn der Kurse am 1. und 15. jeden Monats. Leichtes einfaches System für Herren-, Damen- und Militär-Garderobe. Prospekte gratis und franko. Schnittmuster- und Lehrbücher-Versand.
6227 Dir.: O. Marx.

Lehrlings-Vermittlung.
Bei dem unterzeichneten Amte haben sich auf kommende Ostern eine größere Anzahl
Lehrlinge und Lehrmädchen aller Berufsarten
vormerken lassen.
Wir ersuchen die Herren Gewerbetreibenden, Geschäftsinhaber und Fabrikanten um gefl. Zuweisung von Aufträgen unter Angabe, ob die Lehrstelle mit oder ohne Kost und Wohnung zu besetzen ist.
Die Vermittlung erfolgt in den üblichen Geschäftsstunden (vormittags 8 bis 12 Uhr und nachmittags 2 bis 6 Uhr) völlig kostenlos
Zur Beratung in der Berufswahl finden jeden Dienstag und Freitag abends von 6 bis 7 Uhr besondere Beratungsstunden statt. Wir laden Eltern und Vormünder zur regen Benützung ein.
Städt. Arbeitsamt (Arbeitsnachweisstelle),
Zähringerstraße 100. 5230
Männliche Abteilung Tel. 629. Weibliche Abteilung Tel. 949.

Städtisches Vierordtbad.
Große Schwimmhalle.
Für Damen und Mädchen geöffnet: Werktag vormittags 9 bis 11 Uhr und nachmittags 2—1/2 5 Uhr, mit Ausnahme Samstags nachmittags. Ferner Freitags abend von 6 bis 1/2 8 Uhr zu ermäßigtem Preis.
Für Herren und Knaben geöffnet: Werktags vormittags 8 bis 9 Uhr und 11—2 Uhr, nachmittags 1/2 5—8 Uhr, Freitags nachmittags nur bis 6 Uhr, sowie Samstags vormittags 11 Uhr bis abends 9 Uhr und Sonntags 8—12 Uhr.
14 „Auch über Mittag geöffnet".

Pfannkuch & Co

Zum

Neujahrs-Fest

empfehlen

Weiß- u. Rotweine

per Liter offen **70** und **85** Pfg.
in Flaschen per Flasche von **85** Pfg. und **1.—** Mk. an.

Südweine.

Schaumweine:

Kupferberg gold, Kupferberg-Riesling, Burgeff grün, Boller-Sect.

Punsch-Essenzen

Rum-, Arrak, Rotwein-Punsch

1/1 Flasche Mk. **2.—** und **2.50**
1/2 „ „ **1.10** und **1.50**

		1/1 Flasche	1/2 Flasche
Rum	Verschnitt ab Mk.	**1.50,**	**0.80**
Cognac	Verschnitt „ „	**1.50,**	**0.80**
Arrak	Verschnitt „ „	**2.—,**	**1.10**

Schwarzwälder Kirschwasser

1/1 u. 1/2 Liter-Flasche Mk. **3.50** u. **2.—**

Zwetchgenwasser

1/1 und 1/2 Flasche Mk. **2.50** u. **1.30**

Liköre in reichster Auswahl. 6047

Neu eröffnet im „Reichshof"

gegenüber dem neuen Hauptbahnhof.
Bequeme Einkaufsgelegenheit für unsere durchreisende Kundschaft.

Stadtversand, Karlsruhe ab Filiale:

Neuer Bahnhof	Tel. 3360
Georg-Friedrichstr. (Oststadt)	„ 2611
Karl-Friedrichstr. (Alt- und Südstadt)	„ 2890
Kurvenstr. (Südweststadt)	„ 2843
Akademiestr. (Mittel- und Weststadt)	„ 1213
Kaiser-Allee (Weststadt u. Mühlburg)	„ 3356
Eisenlohrstr. (Weststadt)	„ 1282

Pfannkuch & Co
G. m. b. H.
in den bekannten Verkaufsstellen

Musikschule Kraft
geg. 1898 Luisenstr. 69 erw. 1910
in Klavier, Violine, Zither, Laute, Gitarre u. Mandoline
Tagsüber und abends. 6277

Dobermann (Rüde), 11 Mon. alt, preiswert, Sessel, neu bez., für 8 ℳ zu verkaufen: Schloßplatz 8, parterre, rechts.

Humboldtstraße 21, 4. Stock, ist ein gut möbl. Zimmer an einen anständigen Herrn oder Fräulein sofort zu vermieten. 6278

Akkordzither billig zu verkaufen.
Rankestraße 24, 1. St., rechts.

Zapf's Schweizer Viehpulver ist ein unersetzliches Mittel zur Aufzucht von Jungvieh und Fohlen. Wer probt — lobt!

Weiß- u. Rotweine
per Liter von **70** Pfg. an.
Alter Malaga
per Flasche von Mk. **1.50** an
empfiehlt 6197
C. L. Sickinger
Tel. 1406 — Marienstr. 35.

Bekanntmachung.

Die Vornahme der Wahl der Vertreter der Arbeitgeber und der Versicherten im Ausschuß für die ab 1. Januar 1914 bestehende „Allgemeine Ortskrankenkasse Rastatt-Stadt" wird festgesetzt auf

Dienstag, den 10. Februar 1914.

Die Wahl findet im Rathaussaale hier statt und zwar:
1. für die Arbeitgeber von 9 bis 11 Uhr vormittags;
2. für die Versicherten von 12 Uhr mittags bis 8 Uhr abends.

Zu wählen sind 60 Vertreter und 60 Ersatzleute und zwar je 20 von den beteiligten volljährigen Arbeitgebern und je 40 von den volljährigen Versicherten, je aus ihrer Mitte.

Beteiligt sind solche Arbeitgeber, die für ihre versicherungspflichtig Beschäftigten Beiträge an die Kasse zu zahlen haben. Arbeitgeber, welche selbst versichert sind, zählen zu den Arbeitgebern, wenn sie regelmäßig mehr als 2 Versicherungspflichtige beschäftigen, andernfalls zu den Versicherten.

Seitens der Versicherten sind wahlberechtigt alle der Kasse angehörenden versicherungspflichtig und versicherungsberechtigten 21 Jahre alten Personen, ohne Unterschied des Geschlechts.

Für die Wählbarkeit stehen den Arbeitgebern bevollmächtigte Betriebsleiter, Geschäftsführer und Betriebsbeamte der beteiligten Arbeitgeber gleich. Nicht wählbar sind Mitglieder einer Behörde, welche Aufsichtsbefugnisse über die Kasse hat.

Arbeitgeber, die mehrere Versicherungspflichtige beschäftigen, führen bis zu 100 versicherungspflichtig Beschäftigten für je angefangene 10 und wegen der über 100 hinausgehenden Zahl für je angefangene 20 Beschäftigte eine Stimme. Mehr als 30 Stimmen kann kein Arbeitgeber führen.

Wählbar als Vertreter der Versicherten ist nur, wer bei der Kasse versichert ist.

Weder wählbar noch wahlberechtigt sind Arbeitgeber unständig Beschäftigter als solche und Arbeitgeber, die mit der Zahlung der Beiträge im Rückstande sind; ferner Versicherungspflichtige, die Mitglieder einer Ersatzkasse sind.

Wählbar sind nur volljährige Deutsche. Nicht wählbar ist:
1. wer infolge strafgerichtlicher Verurteilung die Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Aemter verloren hat, oder wegen eines Verbrechens oder Vergehens, das den Verlust dieser Fähigkeit zur Folge haben kann, verfolgt wird, falls gegen ihn das Hauptverfahren eröffnet worden ist.
2. wer infolge gerichtlicher Anordnung in der Verfügung über sein Vermögen beschränkt ist.

Wer als Arbeitgeber wählbar ist, kann die Wahl nur ablehnen, wenn er:
1. das 60. Lebensjahr vollendet hat;
2. mehr als 4 minderjährige eheliche Kinder hat; Kinder, die ein anderer an Kindesstatt angenommen hat, werden dabei nicht mitgerechnet;
3. durch Krankheit oder Gebrechen verhindert ist, das Amt ordnungsgemäß zu führen;
4. mehr als eine Vormundschaft oder Pflegschaft führt. Die Vormundschaft oder Pflegschaft über mehrere Geschwister gilt nur als eine; zwei Gegenvormundschaften stehen einer Vormundschaft, ein Ehrenamt der Reichsversicherung einer Gegenvormundschaft gleich;
5. nur Dienstboten beschäftigt;
6. während der unmittelbar vorhergehenden Wahlzeit das Amt mindestens 2 Jahre geführt hat.

Ein Arbeitgeber, der die Wahl ohne zulässigen Grund ablehnt, kann vom Vorsitzenden des Vorstandes mit Geldstrafen bis zu 500 Mk. bestraft werden.

Die Wahlen sind geheim; gewählt wird nach den Grundsätzen der Verhältniswahl unter Beachtung der Bestimmungen der Wahlordnung, welche mit dem Statut bei der Geschäftsstelle der Kasse erhältlich ist.

Die Wahlzeit dauert 4 Jahre. Die Gewählten bleiben nach Ablauf dieser Zeit solange im Amte, bis ihre Nachfolger eintreten. Wer ausscheidet kann wieder gewählt werden.

Die Wählerlisten, als welche das Arbeitgeber- und Mitgliederverzeichnis gelten, können bei der Kasse eingesehen werden. Etwaige Einsprüche wegen der Rechtigkeit derselben sind bei Vermeidung des Ausschlusses spätestens 4 Wochen vor dem Wahltag unter Beifügung von Beweismitteln bei dem Vorstand einzulegen.

Zwei Wochen vor dem Wahltage werden sämtliche Wähler durch eine Karte über ihre Wahlberechtigung benachrichtigt.

Der Wahlausschuß ist befugt, die Wahl- und Stimmberechtigung eines jeden Wählers bei der Wahlhandlung zu prüfen. Es empfiehlt sich daher, einen Ausweis zur Wahl mitzubringen. Als solcher gilt auch die ausgestellte Wahlkarte.

Wahlberechtigte, die keine Wahlkarte haben, werden zur Wahl zugelassen, wenn sie in einer alle Mitglieder des Wahlausschusses überzeugenden Weise ihre Wahlberechtigung nachweisen.

Wir fordern die Beteiligten hiermit auf, Wahlvorschläge für die Ausschußwahl bei dem Vorstande einzureichen, und weisen daraufhin, daß nur solche Wahlvorschläge berücksichtigt werden, die spätestens 4 Wochen vor dem Wahltag bei dem Vorstande eingehen. Wir bemerken, daß die Stimmabgabe an diese Wahlvorschläge gebunden ist. Verbundene Wahlvorschläge werden nicht zugelassen. Die Wahlvorschläge können nach ihrer Zulassung im Kassenlokal von den Wählern eingesehen werden.

Die Wahlvorschläge müssen von mindestens 10 Wahlberechtigten unterzeichnet sein und dürfen höchstens nur so viel Bewerber benennen, als Vertreter und Ersatzmänner zu wählen sind. Die einzelnen Bewerber sind unter fortlaufender Nummer aufzuführen und nach Familien- und Vorname, Beruf und Wohnort zu bezeichnen. Bei Versicherten ist auch deren Arbeitgeber anzugeben. Eine Zustimmungserklärung der Bewerber ist nicht nötig.

Die Stimmzettel sollen von weißer Farbe sein und in einer Größe von 21/33 Zentimeter. Im Uebrigen wird auf den Inhalt der Satzung und Wahlordnung verwiesen.

Ortskrankenkasse Rastatt.
Der Vorstand:
J. A.: Wilh. Vetter, 1. Vorsitzender. 6280

Am Neujahrstage sind unsere Geschäfte 6048
vollständig geschlossen
Pfannkuch & Co.
G. m. b. H.

Lebensbedürfnis-Verein Karlsruhe.

Um einem allzugroßen Andrang am Jahresschluß vorzubeugen, bitten wir die verehrlichen Mitglieder, ihre

Gegenmarken

jetzt schon an unserer Kasse, Roonstraße 28, oder in unseren Verkaufsstellen abzuliefern. Für die Berechnung der Dividenden pro 1913 haben nur diejenigen Marken Berechtigung, die bis einschließlich 2. Januar 1914 in unseren Läden, oder bis einschließlich 3. Januar 1914 an unserer Kasse abgeliefert sind.

6263 **Der Vorstand.**

Spanische Weinhandlung
von 27
Jaime Miro
empfiehlt ihre garantiert naturreinen
Weine
Rotwein von **60** Pfg. per Liter an
Weisswein von **70** Pfg. per Liter an
ff. Süss- und **Dessertweine**
Cognacs und **Liköre.**
Verkaufsstellen: **Rüppurrerstrasse 14, Durlacherstrasse 38, Lessingstrasse 29, Schillerstr. 23, Rheinstr. 45** und **Gerwigstraße 20.**

Bekanntmachung.

Die Erhebung der Beiträge für die land- und forstwirtschaftliche Unfallversicherung betreffend.

Die Verzeichnisse der Betriebsunternehmer für die Beitragsleistung zur land- und forstwirtschaftlichen Unfallversicherung für die Gemarkung Karlsruhe und die abgesonderte Gemarkung Hardtwald für das Jahr 1913 liegen vom 29. ds. Mts. an während zweier Wochen zur Einsicht der Beteiligten offen und zwar die Verzeichnisse für Karlsruhe-Stadt, den Stadtteil Mühlburg und die abgesonderte Gemarkung Hardtwald beim städtischen Kontrollbüro Karl-Friedrich-Straße Nr. 8, IV. Stock, Zimmer Nr. 179, Eingang von der Zähringer-Straße, und die Verzeichnisse für die Vororte Beiertheim, Daxlanden, Grünwinkel, Rintheim und Rüppurr bei den Gemeindesekretariaten dieser Vororte.

Einsprachen gegen den Inhalt der Verzeichnisse können während obiger Frist und eines weiteren Monats schriftlich oder mündlich bei uns bezw. den Gemeindesekretariaten erhoben werden.

Karlsruhe, den 23. Dezember 1913. 6275

Das Bürgermeisteramt:
Dr. Horstmann. Kleiber.

Carl König
Dentist
KARLSRUHE, Kaiserstrasse 124b.
Telephon 2451.
Künstliche Zähne, Plombieren, Zahnziehen. 2885

Ich **kaufe** und **verkaufe** fortwährend getragene **Herren- u. Damenkleider, Schuhe** und **Stiefel,** aber nur gute Sachen, zu billigen Preisen. 3971
Wilhelm Schwab
Durlacherstraße 85.

Schuppen! Haarausfall!
verhindert Bergarnika-Haaröl.
à **50** Pfg. 2591
Drog. O. Mayer, Wilhelmstr. 20.